

# **Arbeitspapier**

herausgegeben von der  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Nr. 64  
Jutta Graf

## **PolitikKompass**

### **Stimmungstief für die Regierung hält an Regierungszufriedenheit geht weiter zurück**

Sankt Augustin, April 2002

Ansprechpartner: Dr. Stephan Eisel  
Leiter der Hauptabteilung  
„Innenpolitik und Soziale Marktwirtschaft“  
Telefon: 0 22 41/246-631  
E-Mail: [stephan.eisel@kas.de](mailto:stephan.eisel@kas.de)

Jutta Graf  
Team „Politische Kommunikation, Parteien- und  
Meinungsforschung“  
Telefon: 0 22 41/246-259  
E-Mail: [jutta.graf@kas.de](mailto:jutta.graf@kas.de)

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin

## Meinungsklima begünstigt die Unionsparteien<sup>1</sup>

In der politischen Stimmung setzt sich der in den letzten Monaten beobachtete Negativtrend für die Regierungsparteien auch im März weiter fort. Obgleich die Mehrheit der Bundesbürger (85 Prozent) das Rennen um den Wahlsieg ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl noch für offen hält, spricht das politische Klima gegenwärtig für die Unionsparteien. Wie bereits im Vormonat gehen die Bundesbürger davon aus, dass CDU/CSU und FDP momentan die größeren Chancen auf einen Wahlsieg bei der kommenden Bundestagswahl haben. 41 Prozent sind der Ansicht, dass CDU/CSU und FDP die größere Chance haben, als Sieger aus der nächsten Bundestagswahl hervorzugehen. 39 Prozent erwarten den erneuten Wahlsieg der rot-grünen Regierung. Nur noch gut ein Viertel (27 Prozent) der Deutschen sind mit den Leistungen der Bundesregierung zufrieden. Dabei hat die Beurteilung der SPD in den letzten Monaten einen massiven Einbruch erlitten. Nach 54 Prozent im November 2001 sind derzeit nur noch 36 Prozent mit der Regierungsarbeit der Sozialdemokraten zufrieden. Wären heute Bundestagswahlen so bliebe die SPD mit 34 Prozent deutlich hinter ihrem 1998er Ergebnis zurück. Bündnis 90/Die Grünen lägen bei 7 Prozent. Danach erhielte die rot-grüne Koalition 41 Prozent und hätte keine regierungsfähige Mehrheit, während die CDU/CSU und FDP mit 48 Prozent eine Mehrheit aufweisen würden.

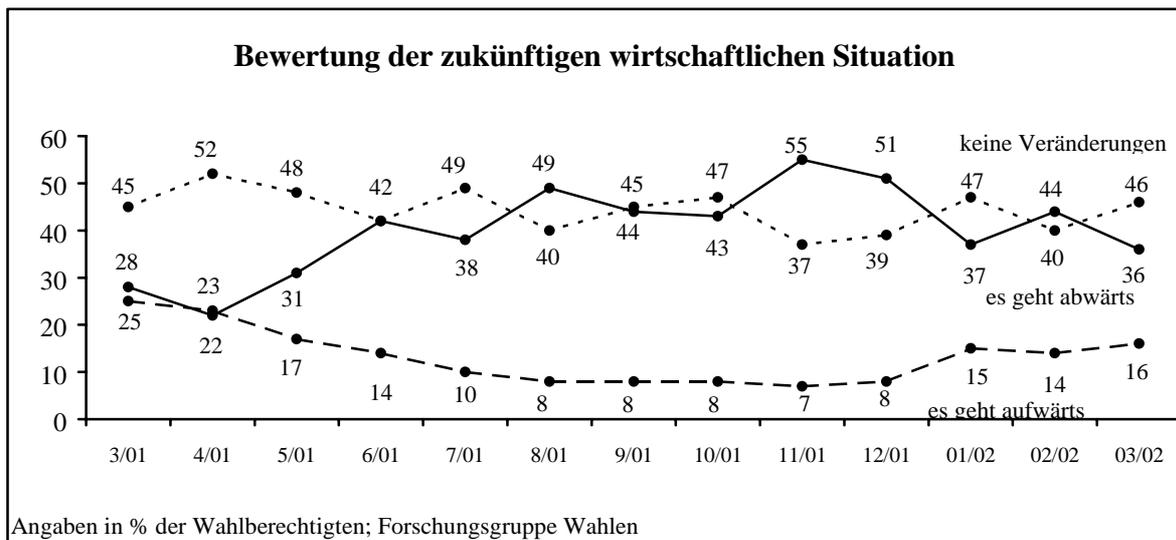
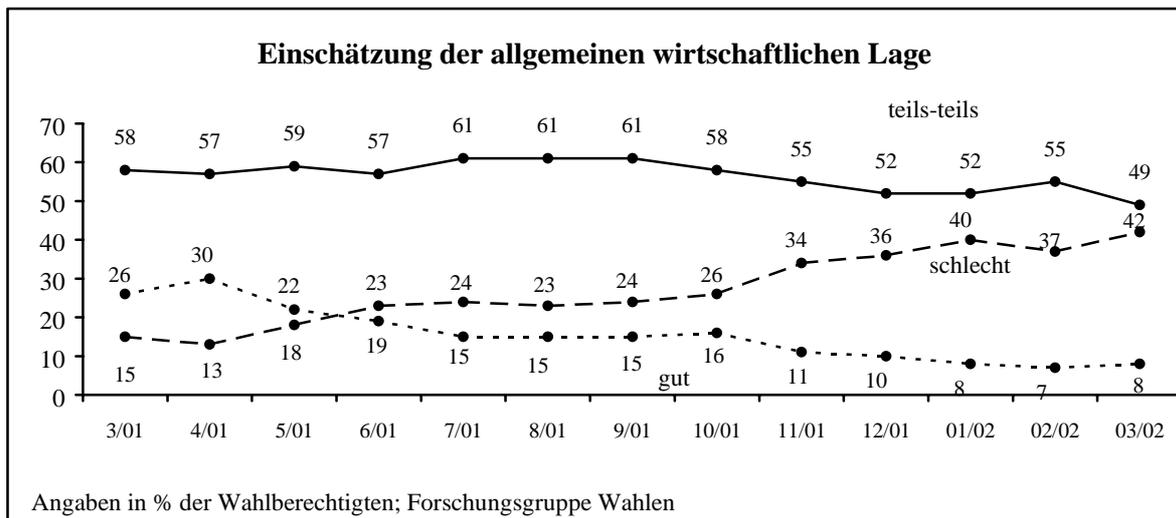
Die Bundestagswahl gewinnt die ....										
	Regierung					Opposition				
	Jan.- II/02	Feb.- I/02	Feb.- II/02	Mrz- I/02	Mrz- II/02	Jan.- II/02	Feb.- I/02	Feb.- II/02	Mrz- I/02	Mrz- II/02
Insgesamt	42	40	39	41	39	39	37	42	37	41
CDU/CSU-Anh.	21	22	16	19	18	67	59	70	65	64
SPD-Anhänger	72	67	69	72	69	14	16	18	11	17
Grüne-Anhänger	71	62	64	71	61	16	20	20	19	26
FDP-Anhänger	34	30	30	48	36	49	47	45	38	49
PDS-Anhänger	50	36	48	64	47	28	33	34	17	31

Angaben in % der Wahlberechtigten; Forschungsgruppe Wahlen

<sup>1</sup> Dieser Auswertung liegen folgende Umfragen zugrunde: Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer März 2002; Forschungsgruppe Wahlen, Sachsen-Anhalt Barometer März 2002; Infratest dimap, Deutschland-TREND März 2002; Infratest dimap DeutschlandTREND April 2000; Infratest dimap, Sachsen-AnhaltTREND Februar 2002; Institut für Demoskopie Allensbach, in: FAZ vom 20. März 2002; n-tv/Emnid 15.März 2002.

## Wirtschaftseinschätzungen im Tief – vorsichtiger Optimismus erkennbar

Die Beurteilung der aktuellen wirtschaftlichen Situation weist wie in den letzten beiden Monaten einen absoluten Tiefpunkt auf. Gegenwärtig bezeichnen nur 8 Prozent der Deutschen die Wirtschaftslage als gut. Der Anteil der Negativbewertungen hat sich um weitere 5 Prozentpunkte auf 42 Prozent erhöht. Allerdings scheint zunehmend die Hoffnung zu bestehen, dass damit die Talsohle erreicht sei. Bei den Erwartungen an die zukünftige Entwicklung zeichnet sich ein vorsichtiger Optimismus ab, obgleich nach wie vor die pessimistischen Zukunftserwartungen dominieren. Dass es mit der Wirtschaft aufwärts gehen wird, erwarten im März 16 Prozent der Bundesbürger. Im Vergleich zum Vormonat bedeutet dies ein Plus von 2 Prozentpunkten. Außerdem hat sich der Anteil der Bürger, die eine weitere Verschlechterung der Wirtschaftsentwicklung erwarten von 44 Prozent im Februar auf 36 Prozent im März 2002 reduziert.



## Arbeitslosigkeit ist weiterhin das dominierende Thema

Arbeitslosigkeit bleibt weiterhin das beherrschende Problem in Deutschland (69 Prozent), gefolgt von dem Verdruss über die aktuelle Spendenaffäre der SPD in Nordrhein-Westfalen (16 Prozent). An dritter Stelle liegt im März 2002 mit 15 Prozent der Themenkomplex Zuwanderung, Ausländer und Asyl. Wie bei der Spendenaffäre wird auch hier angesichts der Diskussion um das Zuwanderungsgesetz eine erhöhte Wichtigkeit wahrgenommen. Terrorbekämpfung und Friedenssicherung haben im März 2002 weiter an Bedeutung verloren und werden nur noch von 8 Prozent als wichtige Aufgabe genannt.

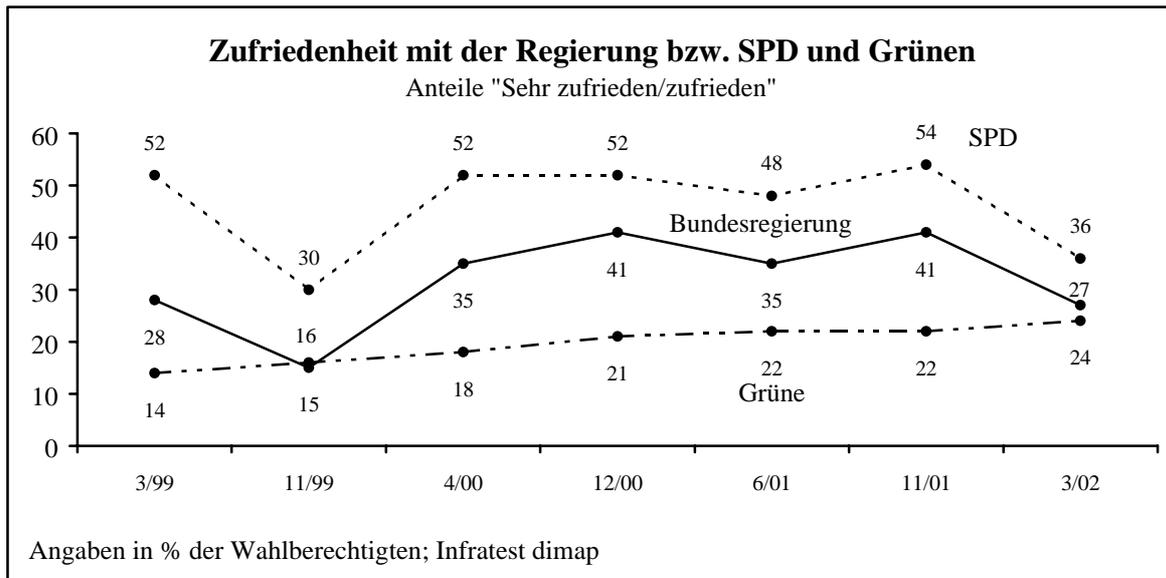
Die wichtigsten Politischen Probleme							
	Okt. 2001	Nov. 2001	Dez. 2001	Jan.- II/2002	Feb.- II/2002	Mrz- I/2002	Mrz- II/2002
Arbeitslosigkeit	50	47	62	78	75	77	69
Politikverdruss/Spendenaffäre	5	11	8	7	8	8	16
Ausländer/Asylbewerber/ Zuwanderung	6	5	8	8	9	13	15
Wirtschaftslage	9	11	13	14	13	12	10
Terror/Frieden	54	49	23	10	9	7	8
Ruhe/Ordnung/Kriminalität	15	14	10	7	6	6	6
EU/Euro/Europa	3	4	6	5	4	4	5
Steuern/Steuererhöhung					4		5
Familie/Kinder/Jugend					4		5
Gesundheitswesen/Pflege	2	3	5		3		5
Rente/Alterssicherung	4	4	5		3	7	
Bildung/Schule		2	7	6	4	5	
Kosten/Löhne/Preise				4	5	4	

Angaben in % der Wahlberechtigten. Mehrfachnennungen möglich; Forschungsgruppe Wahlen

## Unzufriedenheit mit der Regierung nimmt weiter zu

Die Unzufriedenheit mit den Leistungen der Bundesregierung hat sich weiter fortgesetzt. Wo bei sich die wachsende Unzufriedenheit zunehmend an den Leistungen der SPD festmacht. Wie im Vormonat sind auch im April 2002 nur noch 27 Prozent der Bundesbürger mit den Leistungen der Regierung insgesamt zufrieden. 71 Prozent äußern sich hingegen negativ. Im Vergleich zum Jahresbeginn hat sich der Anteil der Unzufriedenen damit um 7 Prozentpunkte erhöht. Bei einer getrennten Bewertung der beiden Regierungsparteien schneidet die SPD

zwar nach wie vor besser ab als die Grünen, allerdings haben die Sozialdemokraten seit November 2001 einen massiven Vertrauensverlust zu verzeichnen. Derzeit äußern sich nur noch 36 Prozent der Bundesbürger mit der Arbeit der Sozialdemokraten zufrieden, 62 Prozent üben mehr oder minder harte Kritik. Im November 2001 überwogen für die SPD mit 54 Prozent noch die positiven Urteile. Die Leistungen von Bündnis 90/Die Grünen beurteilt gegenwärtig jeder vierte Bundesbürger (24 Prozent) positiv, während 73 Prozent unzufrieden sind.



Besonders interessant ist dabei, dass selbst in den Reihen der SPD-Wählerschaft nur 34 Prozent mit dem kleineren Koalitionspartner zufrieden sind, während 63 Prozent mit den Leistungen der grünen Kabinettsmitglieder unzufrieden sind. Die SPD-Anhänger unterscheiden sich in ihrer Einschätzung damit nicht wesentlich von dem Bevölkerungsdurchschnitt. Im Lager der Grünen halten sich positive und negative Einschätzungen der SPD mit 49:50 Prozent die Waage.

### Unionsparteien weiterhin stärkste Kraft

In der Wählergunst liegt die Union weiterhin deutlich vor der SPD, wenn gleich beide Parteien nach den Auseinandersetzungen im Bundesrat bei den Wählern an Rückhalt verloren haben. Wäre die Bundestagswahl bereits jetzt, so käme die CDU/CSU nach der neuesten Umfrage von Infratest dimap auf 39 Prozent und die SPD auf 34 Prozent. Für die SPD ist dies in den Umfragen von Infratest dimap das schlechteste Ergebnis seit Dezember 1999. Drittstärkste Partei wäre die FDP mit einem Stimmenanteil von 9 Prozent. PDS und Bündnis 90/Die

Grünen könnten jeweils 7 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen. Nach diesem Ergebnis hätte eine Koalition aus CDU/CSU und FDP mit 48 Prozent eine Mehrheit im Parlament, während die rot-grüne Koalition mit einem Wähleranteil von 41 Prozent gegenwärtig keine Regierungsmehrheit aufweisen könnte.

In den alten Bundesländern könnten die Unionsparteien zur Zeit mit 40 Prozent (-1 Prozentpunkt) rechnen, während die SPD unverändert auf 36 Prozent kommt. In den neuen Bundesländern käme die CDU auf 34 Prozent und die SPD auf 29 Prozent der Wählerstimmen. Im Vergleich zum Vormonat würden damit beide Volksparteien 1 Prozentpunkt abgeben.

<b>Entwicklung der Wähleranteile im März/April 2002</b>				
	Infratest dimap			Forschungsgruppe Wahlen (Bundesgebiet)
	Bundesgebiet	West	Ost	
CDU/CSU	39 (-1)	40 (-1)	34 (-1)	40 (+/-0)
SPD	34 (-2)	36 (-1)	29 (-1)	36 (-2)
Bündnis 90/Die Grünen	7 (+1)	8 (+1)	4 (+/-0)	6 (+1)
FDP	9 (+/-0)	10 (+/-0)	6 (+1)	8 (+/-0)
PDS	7 (+1)	2 (+/-0)	24 (+2)	6 (+1)
Sonstige	4 (+1)	4 (+1)	3 (-1)	4 (+/-0)

Infratest dimap (28.3. – 3.4.2002)  
 Forschungsgruppe Wahlen (18.3.- 21.3.2002)  
 Angaben in % der Wähler; Angaben in Klammern = Vergleich zum Vormonat

### **Mehrheit für eine Koalition aus CDU/CSU und FDP**

In der Koalitionspräferenz favorisieren die Bundesbürger seit November 2001 mit relativer Mehrheit eine Koalition aus Union und Liberalen. Eine weitere Amtszeit der bestehenden Regierung findet geringere Zustimmung. Eine Koalition aus Union und FDP bevorzugen 25 Prozent der Bundesbürger. Demgegenüber ist rot-grün lediglich für 19 Prozent die Wunschkoalition. Schwach ist auch die Präferenz für eine sozialliberale Koalition (9 Prozent). 15 Prozent wünschen sich eine große Koalition.

<b>Gewünschte Regierungskoalition</b>								
	Sept 01	Okt 01	Nov 01	Dez 01	Jan-II/02	Feb-II/02	Mrz-I/02	Mrz-II/02
CDU/CSU + FDP	20	17	19	21	29	29	29	25
SPD + Grüne	17	18	16	20	17	20	17	19
SPD + FDP	10	10	13	13	11	9	7	9
SPD + CDU/CSU	16	21	16	13	12	14	16	15
sonstige	10	12	14	13	13	11	14	11
weiß nicht	27	23	23	22	19	18	20	21

Angaben in % der Wahlberechtigten; Forschungsgruppe Wahlen

### **Unionsparteien in Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik vor der SPD**

Die SPD musste in den vergangenen Monaten auf fast allen Politikfeldern weitere Kompetenzeinbußen hinnehmen. Umgekehrt konnten die Unionsparteien fast durchweg an Vertrauen bei den Bürgern gewinnen.

Besonders nachteilig für die Sozialdemokraten wirkt sich die wachsende Unzufriedenheit der Bundesbürger mit den Leistungen der Regierung im Bereich der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik aus. In der Wirtschaftspolitik halten inzwischen 45 Prozent der Bundesbürger die Union für die kompetentere Partei, während nur 29 Prozent eher auf die SPD vertrauen. In der Arbeitsmarktpolitik liegt die Union mit 39 Prozent klar vor der SPD (27 Prozent). Sie hat damit ihren Vorsprung von 5 Prozentpunkten im Januar auf 12 Prozentpunkte erhöht.

Einen deutlichen Kompetenzvorsprung verzeichnen die Unionsparteien ebenfalls in Fragen der Inneren Sicherheit. Auch hier gelang es der Union in den letzten Monaten ihre Führung weiter ausbauen (46:23).

In der Ausländerpolitik, der Steuerpolitik, der Rentenpolitik sowie im Bereich der Wohlstandssicherung hat die Union klar an Vertrauen hinzugewonnen und verweist die SPD inzwischen auf den zweiten Platz. Die Sicherung des Wohlstands trauen inzwischen 40 Prozent eher den Christdemokraten und nur noch 26 Prozent den Sozialdemokraten zu. In der Ausländerpolitik liegt die CDU mit 32:30 knapp vor der SPD. In der Steuerpolitik führt die Union inzwischen mit 33:28 und in der Rentenpolitik mit 33:31 vor den Sozialdemokraten.

Nach den erneuten Verschiebungen zugunsten der Unionsparteien liegen die Sozialdemokraten nur noch in ihren klassischen Themenfeldern Soziale Gerechtigkeit (40:25) und Familienpolitik (45:23) vor der Union.

Neben den Vertrauensverlusten in einzelnen Politikfeldern zeigt sich auch ein weiter schwindendes Vertrauen in die Zukunftskompetenz der Sozialdemokraten. Hier konnte die CDU/CSU ihren knappen Vorsprung vom Januar 2002 in klare Vorteile verwandeln. So sind inzwischen 34 Prozent der Bundesbürger der Ansicht, dass die Unionsparteien die Zukunftsprobleme in Deutschland besser lösen können als die SPD (27 Prozent). Die Unionsparteien erzielen damit erstmals seit Anfang des Jahres 2000 einen deutlichen Vorsprung (+7 Prozentpunkte) vor der SPD. Insgesamt kann die SPD damit bei den zentralen Themen gegenwärtig nicht überzeugen.

<b>Parteienkompetenz</b>							
Ich nenne Ihnen jetzt einige ausgewählte politische Aufgaben. Bitte sagen Sie mir jeweils, welcher Partei Sie am ehesten zutrauen, diese Aufgabe zu lösen?							
		Anteile in Prozent			Differenz CDU/CSU - SPD		
		Okt. 01	Jan. 02	Apr.02	Okt. 01	Jan. 02	Apr. 02
Arbeitsmarktpolitik	CDU/CSU	33	35	39	-2	+5	+12
	SPD	35	30	27			
Kriminalitätsbekämpfung	CDU/CSU	39	40	46	+9	+14	+23
	SPD	30	26	23			
Wirtschaftspolitik	CDU/CSU	40	44	45	+6	+14	+16
	SPD	34	30	29			
Rentenpolitik	CDU/CSU	28	32	33	-9	-1	+2
	SPD	37	33	31			
Soziale Gerechtigkeit	CDU/CSU	22	22	25	-24	-20	-15
	SPD	46	42	40			
Steuerpolitik	CDU/CSU	30	31	33	-6	+1	+5
	SPD	36	30	28			
Ausländer- und Asylpolitik*	CDU/CSU	25		32	-9		+2
	SPD	34		30			
Familienpolitik**	CDU/CSU	22		23	-24		-22
	SPD	46		45			
Wohlstand sichern	CDU/CSU	33		40	-1		+14
	SPD	34		26			
Zukunftsprobleme lösen	CDU/CSU	28	30	34	-5	+1	+7
	SPD	33	29	27			

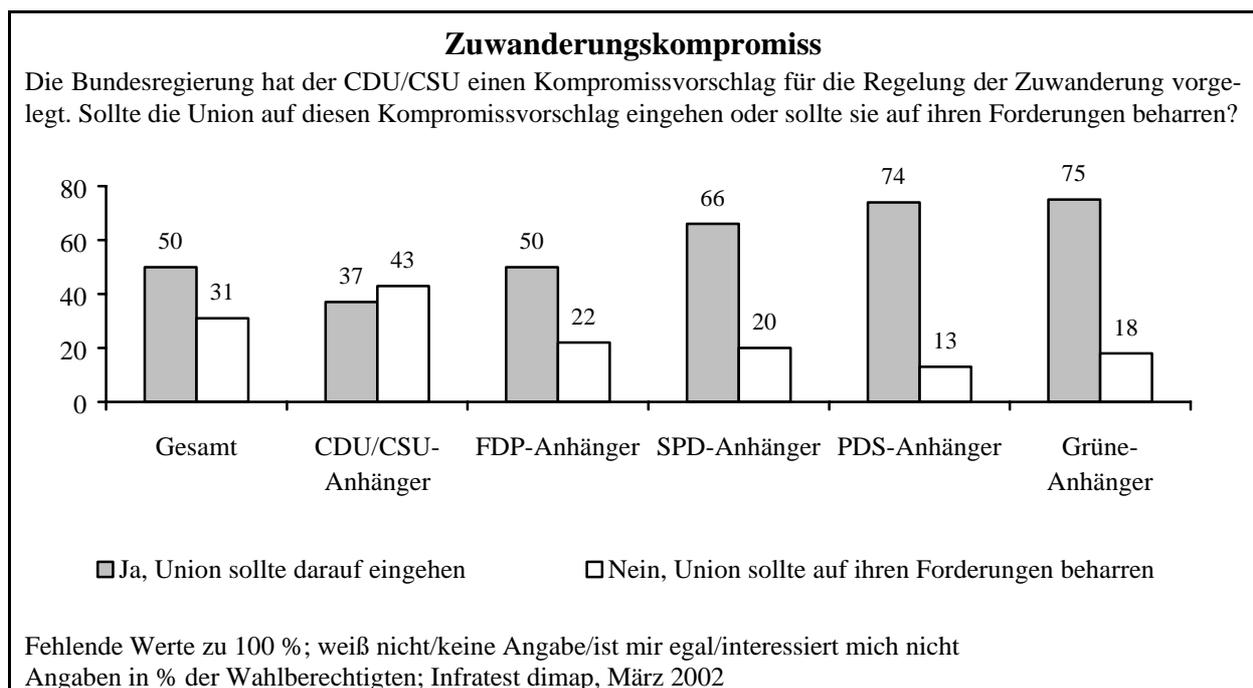
\*Ausländer- und Asylpolitik ; Wohlstand sichern: Mai 2001;  
 \*\*Familienpolitik: August 2001  
 Angaben in % der Wahlberechtigten; Infratest dimap

Über ihren Wähleranteil hinaus erhalten die Grünen Zustimmung in der Ausländer- und Asylpolitik und in der Familienpolitik. So meinen 11 Prozent der Bundesbürger, die Grünen würden die beste Ausländerpolitik betreiben. 10 Prozent halten sie bei der Familienpolitik für die bessere Partei. Für 9 Prozent ist bei der Steuerpolitik die FDP die beste Partei.

## Zuwanderung: Mehrheit für die Zustimmung der Unionsparteien zum Entwurf des neuen Zuwanderungsgesetzes

Von der Bundesratssitzung am 22. März 2002 erwartete die Mehrheit der Bundesbürger eine Einigung zwischen Regierung und CDU/CSU über das Zuwanderungsgesetz. Jeder zweite Bundesbürger votierte für ein Einlenken der Unionsparteien. 31 Prozent plädierten dafür, dass die Union das Gesetz weiterhin ablehnt und auf ihren Forderungen bestehen soll.

Zustimmung und Ablehnung variierte dabei in den verschiedenen Parteilagern allerdings erheblich. In den Reihen der Unionsanhänger votierte eine relative Mehrheit (43:37 Prozent) gegen die Annahme der Gesetzesvorlage der Regierung. Bei den Regierungsparteien und der PDS waren deutliche Mehrheiten für den Kompromiss, allerdings meinte immerhin jeder fünfte Anhänger von SPD und Grünen, die Union solle weiterhin auf ihrem Standpunkt beharren. Bei der FDP plädierte jeder Zweite für ein Einlenken der Union, gut jeder Fünfte dagegen.



Grundlage ist dabei der Wunsch Zuwanderung nicht zum Wahlkampfthema werden zu lassen. Knapp zwei Drittel der Bundesbürger (63 Prozent) sind der Meinung, dass dieses Thema aus dem Wahlkampf herausgehalten werden sollte. Auch die Anhänger der Union selbst sprechen sich mehrheitlich (55 Prozent) gegen das Vorhaben ihrer Partei aus, Zuwanderung im Wahlkampf zu thematisieren. Der Hauptgrund für die ablehnende Haltung ist die Ansicht, dass das Thema zu sensibel ist, um sich darüber im Wahlkampf auseinander zu setzen (43 Prozent). 37 Prozent halten andere Themen für wichtiger.

Allerdings unterscheiden sich hier die Parteianhängerschaften deutlich. Die Anhänger der Grünen (79 Prozent), der FDP (56 Prozent) und die der SPD (47 Prozent) halten das Thema Zuwanderung für zu sensibel. Die Anhängerschaften der CDU/CSU (45 Prozent) und der PDS (39 Prozent) lehnen dagegen die Einbeziehung dieses Themas in den Wahlkampf vor allem ab, weil sie andere Themen für wichtiger halten.

Auch sind die Ablehnungsgründe zwischen Ost- und Westdeutschen unterschiedlich. Während die Westdeutschen vorrangig eine Auseinandersetzung wegen der Sensibilität des Themas fürchten (45 Prozent), halten die Ostdeutschen andere Themen für vordringlicher (47 Prozent).

<b>Gründe für eine ablehnende Haltung</b>			
Und was ist für Sie der wesentliche Grund warum das Thema Zuwanderung aus dem Wahlkampf herausgehalten werden sollte?			
	weil es wichtigere Themen in Deutschland gibt	weil das Thema zu sensibel für den Wahlkampf ist	weil die Positionen der Parteien bei diesem Thema eigentlich sehr ähnlich sind
Bundesgebiet insgesamt	37	43	10
Westdeutschland	34	45	11
Ostdeutschland	47	36	8
CDU/CSU-Anhänger	45	40	9
SPD-Anhänger	32	47	13
B90/Grüne-Anhänger	7	79	7
FDP-Anhänger	34	56	6
PDS-Anhänger	39	37	14
Angaben in % der Befragten, die Zuwanderung aus dem Wahlkampf heraushalten wollen; Infratest dimap, April 2002			

Mit dem Zuwanderungsgesetz selbst verbindet die Mehrheit der Bürger Hoffnungen auf eine bessere Kontrolle des Zuzugs. Ziel eines Einwanderungsgesetzes sehen nach einer Umfrage von Emnid 56 Prozent der Bundesbürger vor allem in der Begrenzung der Zuwanderung. 40 Prozent versprechen sich davon eine möglichst gute Integration der Zuwanderer. Die Hälfte der Deutschen ist der Ansicht, dass Zuwanderung nach Deutschland verringert werden sollte, während 39 Prozent der Ansicht sind, „das gegenwärtige Maß an Zuwanderung ist gerade richtig“ und lediglich 9 Prozent der Bundesbürger eine verstärkte Zuwanderung für nötig halten. Selbst unter dem Aspekt, damit einen künftigen Mangel an Arbeitskräften zu verhindern, hält nur jeder fünfte Bundesbürger verstärkte Zuwanderung für notwendig (n-tv, Emnid, 15. März 2002). Fragt man allerdings speziell nach ausländischen Fachkräften, deren Arbeitskraft

in Deutschland gebraucht wird, so plädieren nach den neuesten Ergebnissen der Forschungsgruppe Wahlen immerhin 57 Prozent der Bundesbürger für eine Erleichterung des Zuzugs, während 39 Prozent auch hier vereinfachte Einreisemöglichkeiten ablehnen (Forschungsgruppe Wahlen, in: FAZ vom 23./24.März 2002).

### **Landtagswahl in Sachsen-Anhalt**

Wenige Wochen vor der Landtagswahl ist das Meinungsklima in Sachsen-Anhalt durch hohe Unsicherheit geprägt. Zur Zeit steht erst für knapp jeden Zweiten (45 Prozent) die Wahlscheidung fest, 28 Prozent sind sich noch nicht sicher, ob sie sich bis zum Wahltag noch einmal um entscheiden werden und weitere 27 Prozent haben sich noch nicht entschieden bzw. sind erklärte oder potentielle Nichtwähler.

Vor dem Hintergrund der schlechten wirtschaftlichen Lage besteht in der Bevölkerung eine große Unzufriedenheit mit der von der PDS tolerierten SPD-Landesregierung. Im Februar 2002 waren vier von fünf (79 Prozent) Sachsen-Anhaltinern mit den Leistungen der Magdeburger Regierung unzufrieden. Bei der Frage nach der Schaffung neuer Arbeitsplätze bauen nur noch 14 Prozent auf die SPD. 33 Prozent meinen hingegen, dass die CDU in Sachen Arbeitsmarkt kompetenter ist. Ganz ähnlich ist es bei der Wirtschaftspolitik. 28 Prozent trauen hier der Union die größere Problemlösungskompetenz zu, nur 17 Prozent attestieren hingegen der SPD die größere Sachkompetenz und Durchsetzungsfähigkeit.

Nach ihrer Wahlabsicht gefragt, nennen die Sachsen-Anhaltiner dementsprechend auch mit deutlichem Vorsprung die CDU. Würde die Landtagswahl am kommenden Sonntag stattfinden, so läge die CDU mit 36 Prozent klar vor der SPD (28 Prozent). Die PDS würde mit 19 Prozent etwa ihr Wahlergebnis von der letzten Landtagswahl erreichen. Die FDP erhielte 7 Prozent der Wählerstimmen. Nach achtjähriger Abwesenheit könnte ihr damit der Wiedereinzug in den sachsen-anhaltinischen Landtag gelingen. Die Grünen würden mit 3 Prozent wie 1998 an der 5%-Hürde scheitern. Ebenfalls den Einzug verfehlen würde die Schill-Partei mit 4 Prozent. Eine regierungsfähige Mehrheit entstünde damit nur durch eine große Koalition aus CDU und SPD oder eine Koalition aus SPD und PDS. Aufgrund des instabilen Meinungsklimas kann eine Wechselstimmung jedoch zu erheblichen kurzfristigen Veränderungen führen. Hier ist insbesondere auf die Landtagswahl 1998 hinzuweisen, bei der die Zustimmung für die DVU erst unmittelbar vor der Wahl anwuchs. Daher können alle Parteien kurzfristig noch erhebliche Mobilisierungserfolge erzielen.

Insgesamt haben sich in Sachsen-Anhalt offensichtlich noch keine klaren Präferenzen für eine bestimmte Regierungskoalition herausgebildet. Jeder dritte ist in dieser Frage unentschlossen.

Für eine große Koalition aus CDU und SPD sind 17 Prozent, jeweils 15 Prozent sprechen sich für eine christlich-liberale Regierung bzw. eine rot-rote Landesregierung aus.

<b>Gewünschte Regierungskoalition in Sachsen-Anhalt</b>			
	Insgesamt	SPD-Anhänger	CDU-Anhänger
SPD und CDU	17	22	24
SPD und PDS	15	25	-
CDU und FDP	15	1	38
SPD und Grüne	5	14	2
SPD und FDP	5	12	1
Sonstige Koalition	11	6	17
Weiß nicht	32	21	19

Angaben in % der Wahlberechtigten; Forschungsgruppe Wahlen, Sachsen-Anhalt Barometer 03/2002

Eine Zusammenarbeit von SPD und PDS in einer Koalitionsregierung würde allerdings von einer relativen Mehrheit der Sachsen-Anhaltiner (40 Prozent) abgelehnt. Nur gut jeder Vierte (27 Prozent) befürwortet eine rot-rote Landesregierung in Magdeburg. Dabei zeigt sich eine klare Polarisierung der Wählerschaften. Während sich bei den Anhängern der PDS eine deutliche Mehrheit für eine rot-rotes Bündnis ausspricht, befürworten selbst unter SPD-Anhängern nur ein Drittel eine solche Koalition. 39 Prozent der SPD-Anhänger nehmen eine indifferente Haltung ein („ist mir egal“). Jeder vierte SPD-Anhänger ist dezidiert gegen eine Zusammenarbeit mit der PDS. Bei den übrigen Anhängerschaften überwiegt mit deutlicher Mehrheit eine ablehnende Haltung.

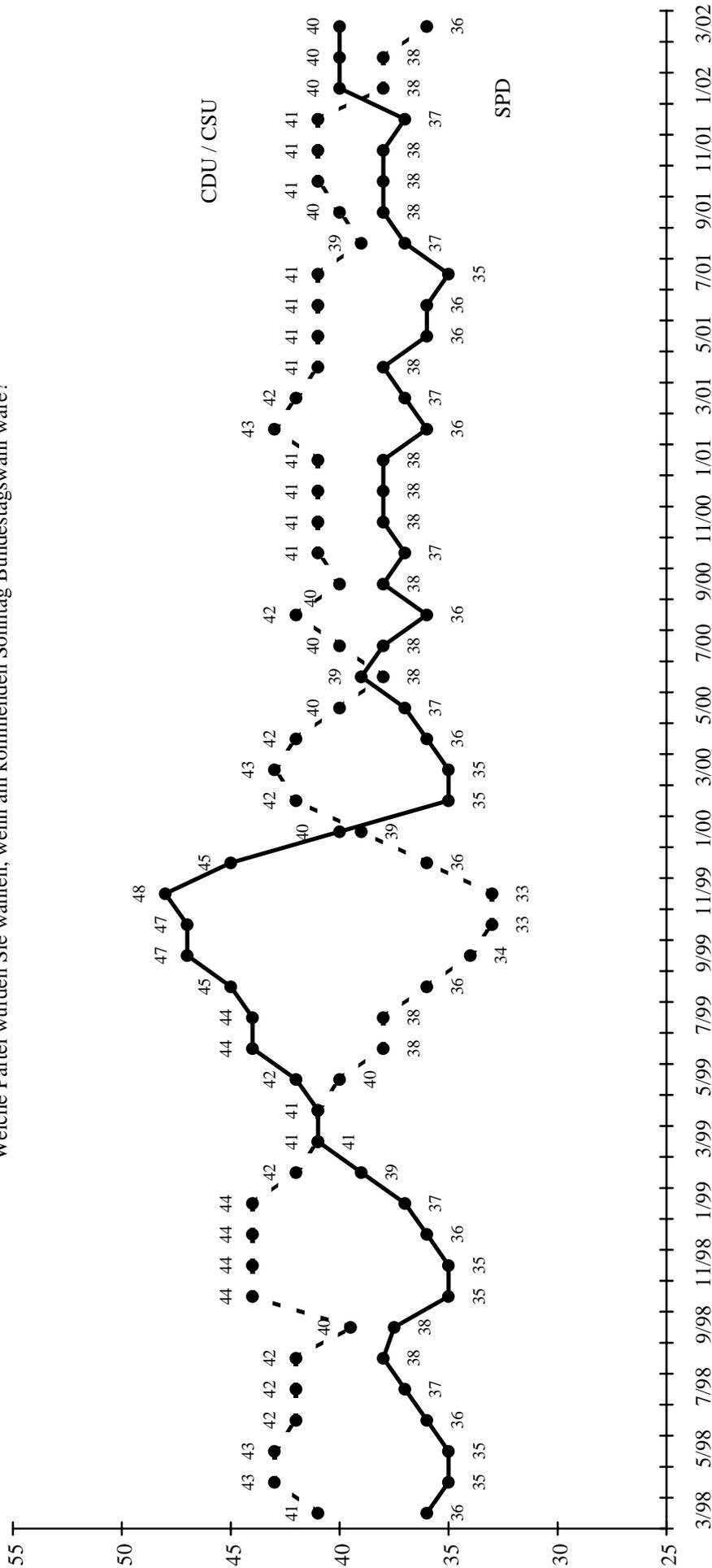
<b>Eine Regierungsbeteiligung der PDS in Sachsen-Anhalt ...</b>			
	fände ich gut	ist mir egal	fände ich schlecht
Insgesamt	27	30	40
CDU-Anhänger	10	18	72
SPD-Anhänger	34	39	24
PDS-Anhänger	77	16	7
FDP-Anhänger	9	12	79
Grüne-Anhänger	34	11	49
Schill-Anhänger	9	9	82

Angaben in % der Wahlberechtigten; Forschungsgruppe Wahlen, Sachsen-Anhalt Barometer 03/2002

## **Anhang: Zusammenschau langfristiger Trends**

## Sonntagsfrage Forschungsgruppe Wahlen Gesamtdeutschland

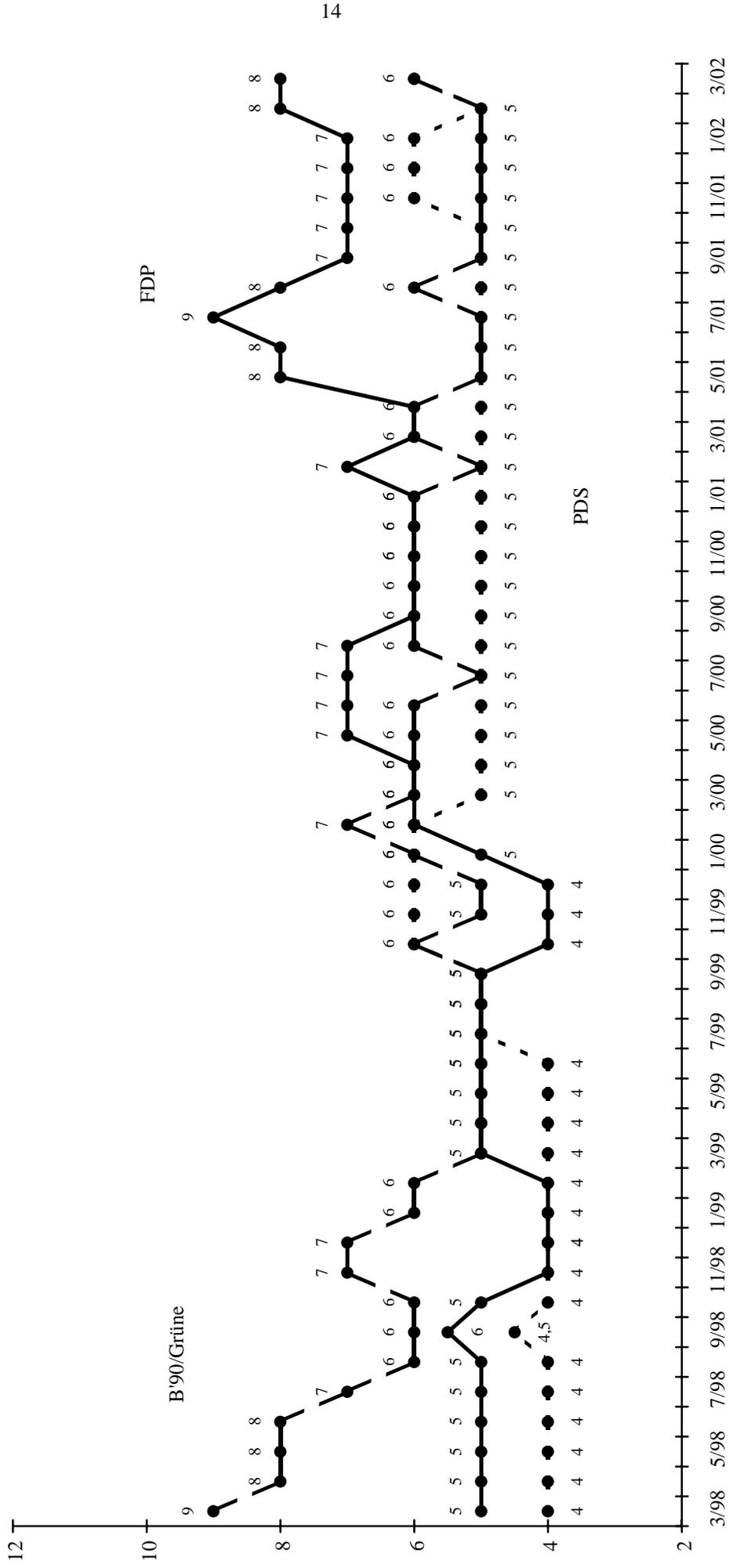
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?



Angaben in % der Wähler; Forschungsgruppe Wahlen

## Sonntagsfrage Forschungsgruppe Wahlen Gesamtdeutschland

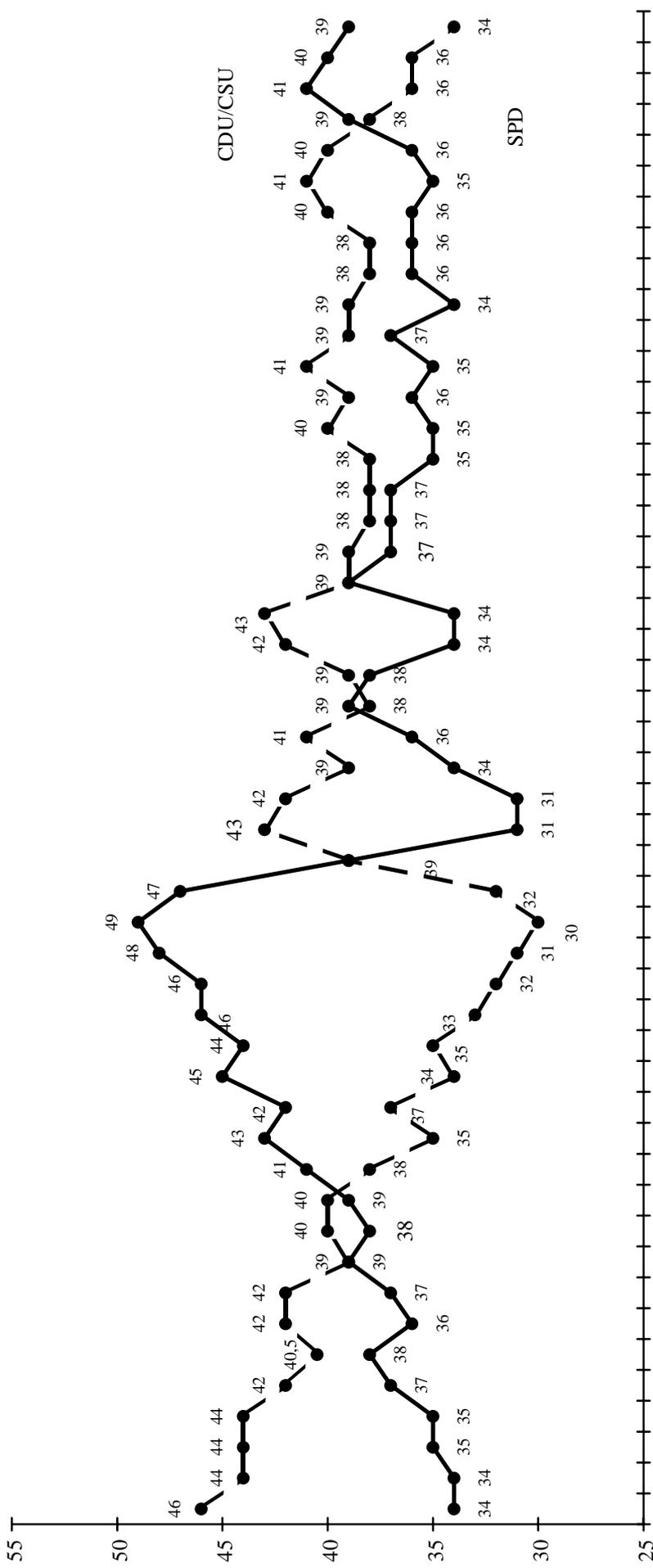
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?



Angaben in % der Wähler; Forschungsgruppe Wahlen

### Sonntagsfrage Infratest dimap Gesamtdeutschland

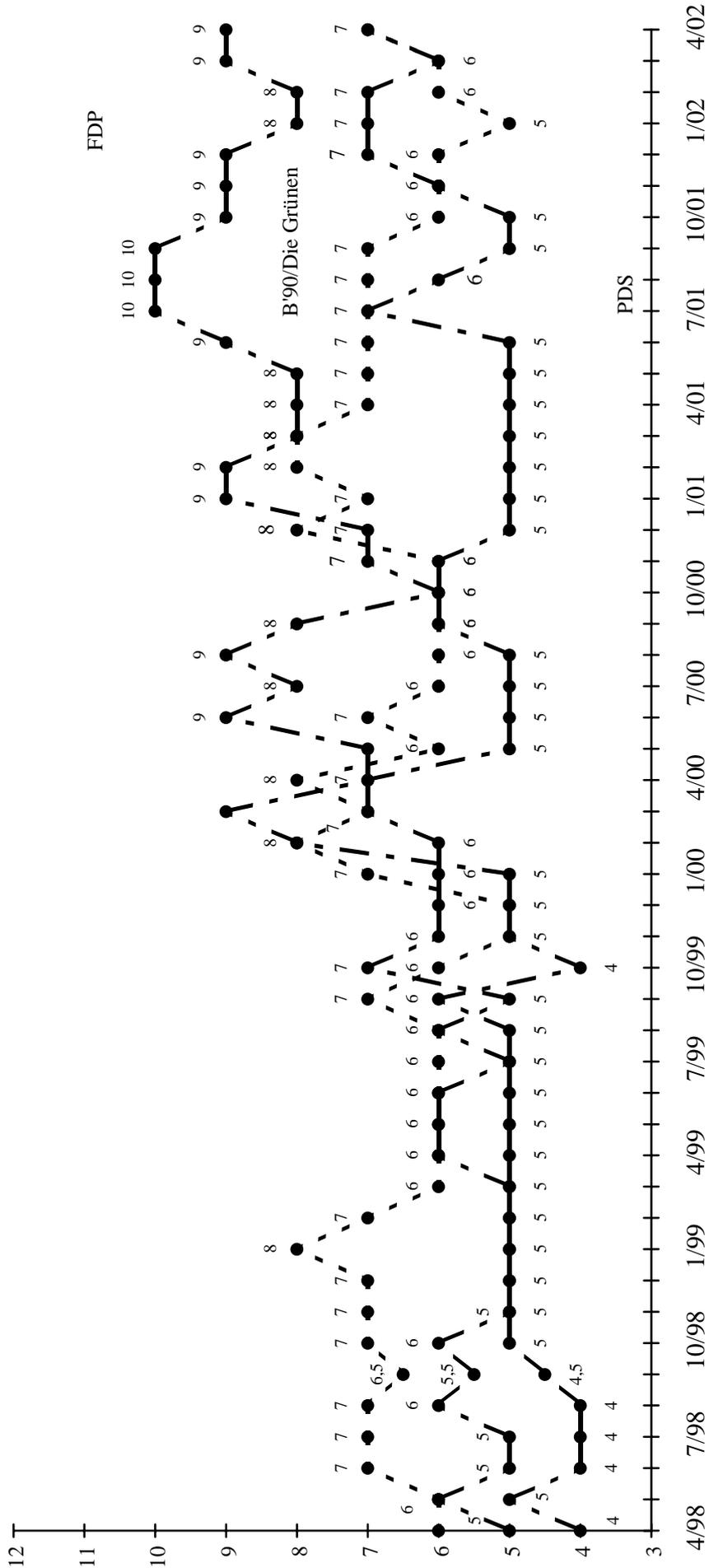
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?



Angaben in % der Wähler, Infratest dimap

## Sonntagsfrage Infratest dimap Gesamtdeutschland

Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

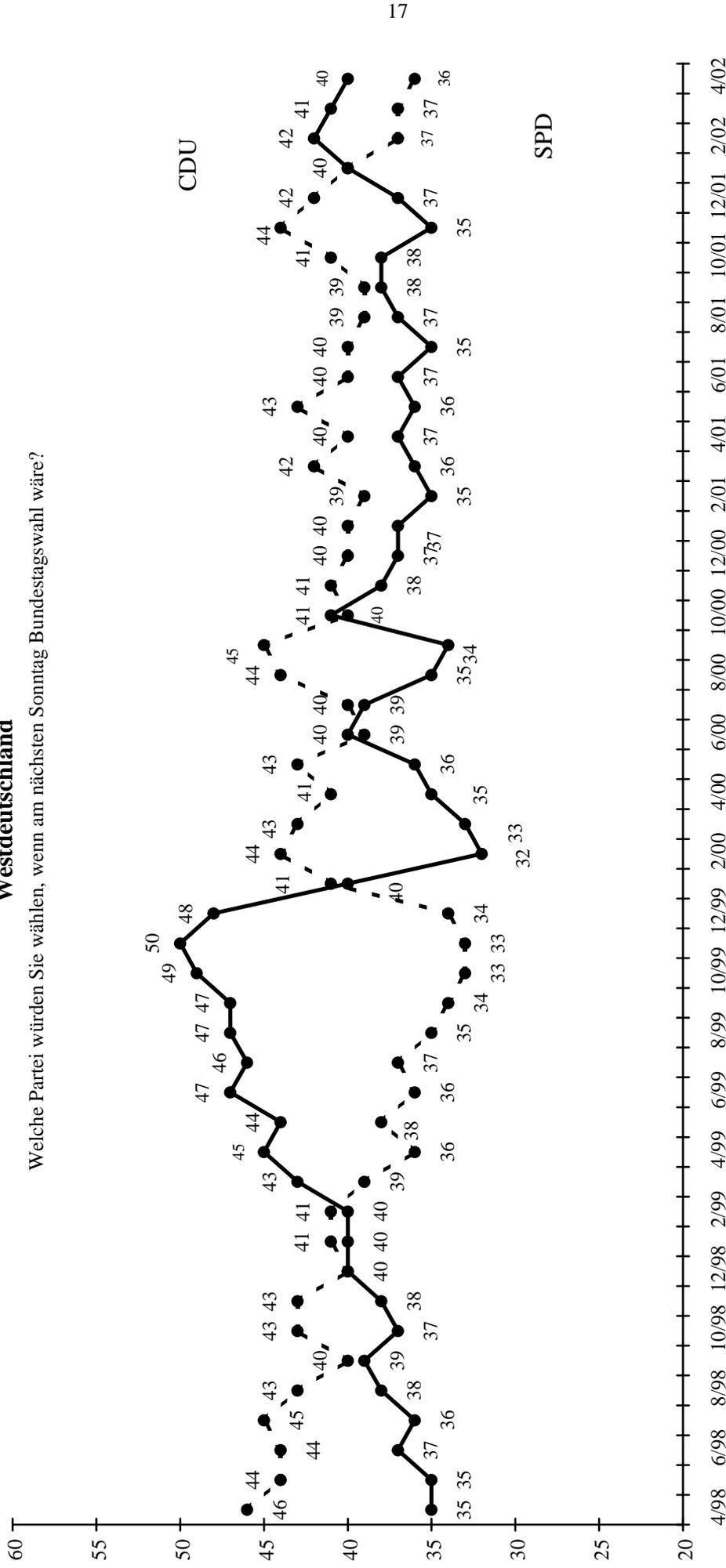


Angaben in % der Wähler; Infratest dimap

# Sonntagsfrage Infratest dimap

## Westdeutschland

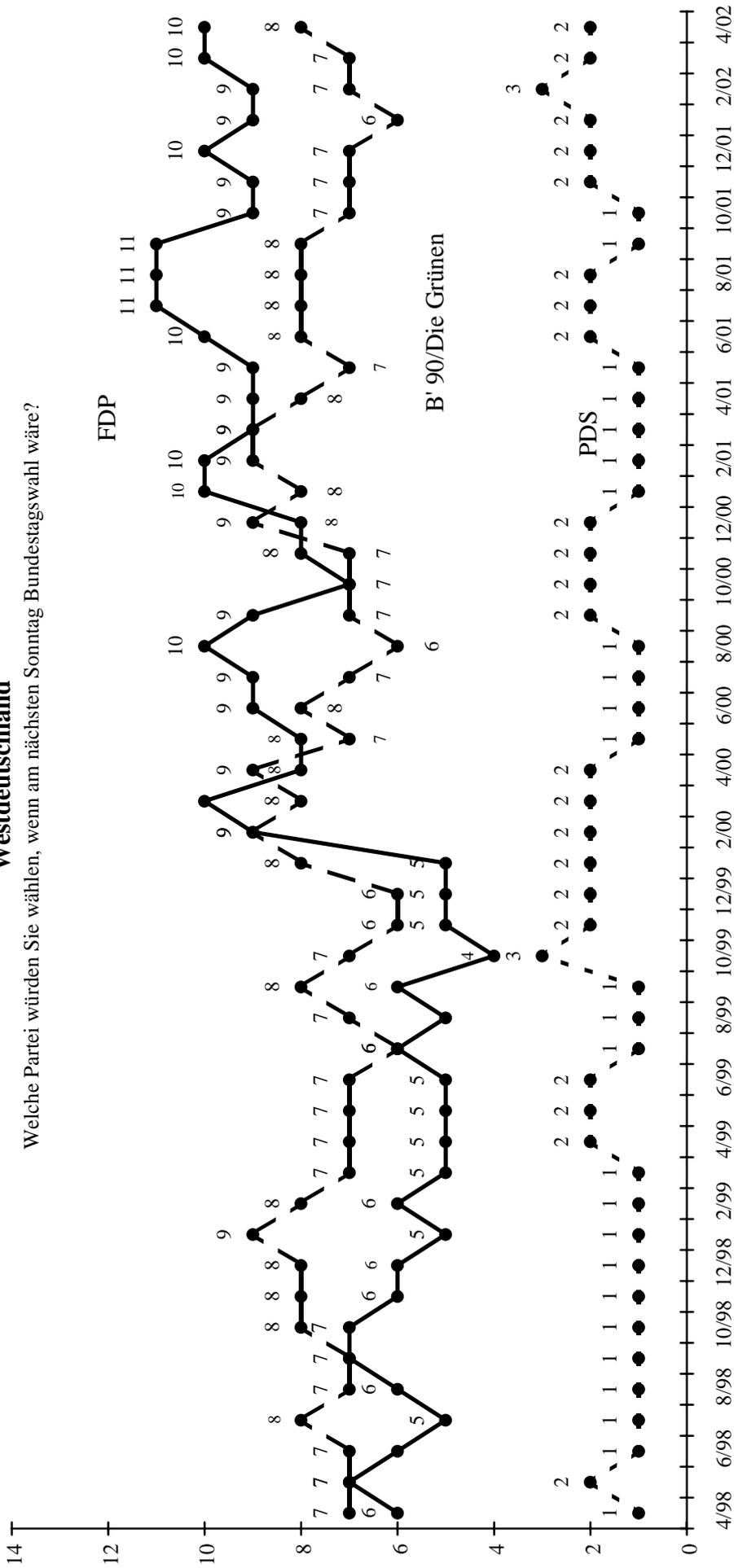
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?



Angaben in % der Wähler; Infratest dimap

### Sonntagsfrage Infratest dimap Westdeutschland

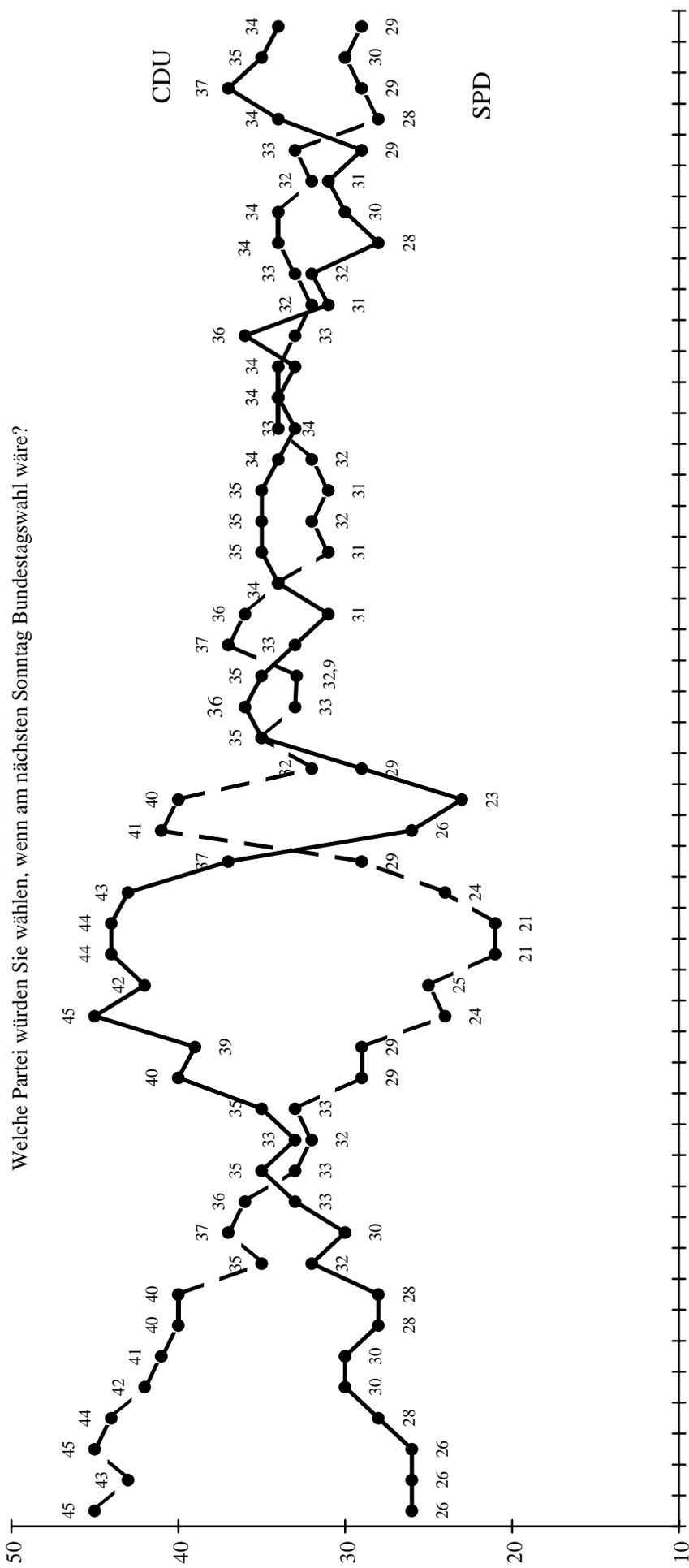
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?



Angaben in % der Wähler; Infratest dimap

### Sonntagsfrage Infratest dimap Ostdeutschland

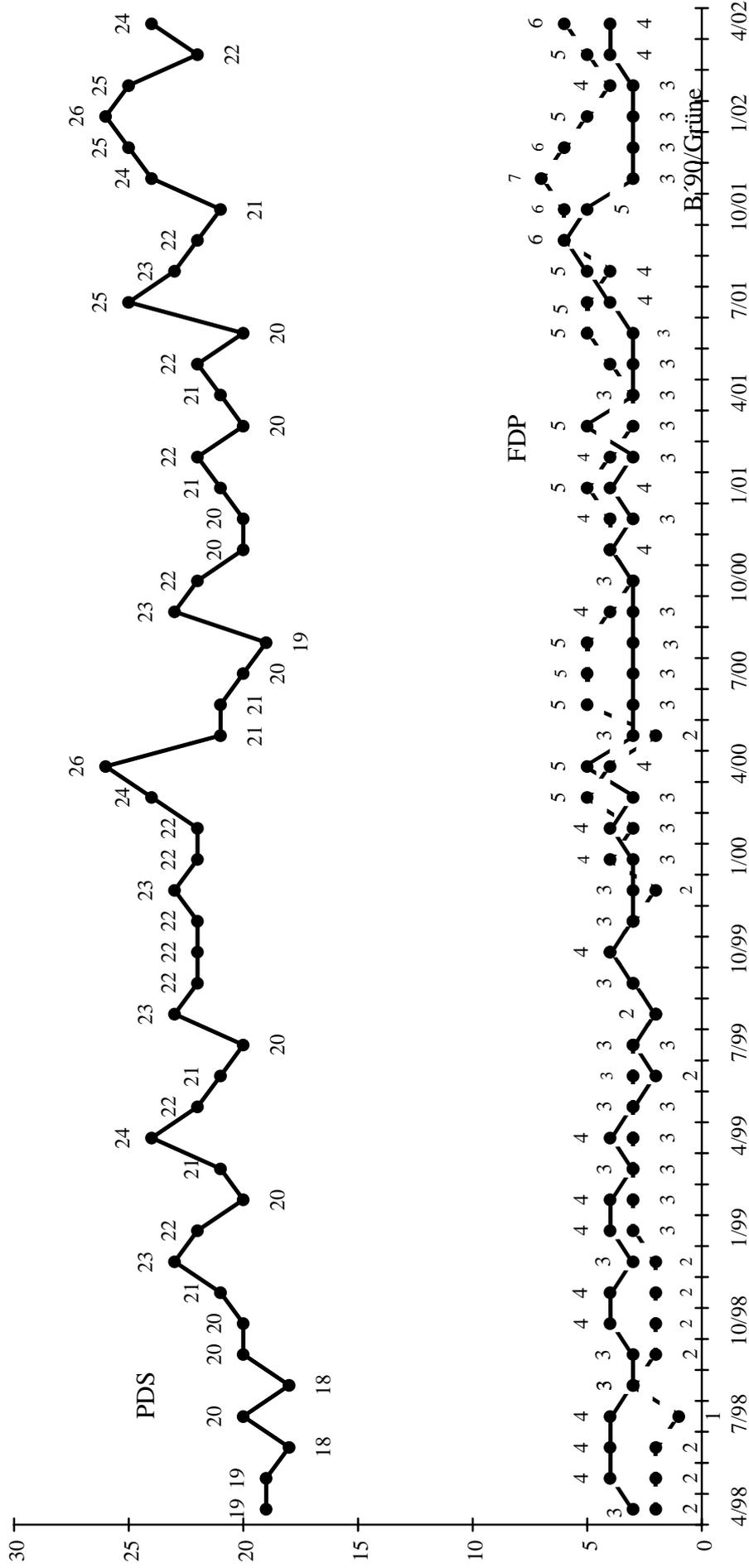
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?



Angaben in % der Wähler; Infratest dimap

## Sonntagsfrage Infratest dimap Ostdeutschland

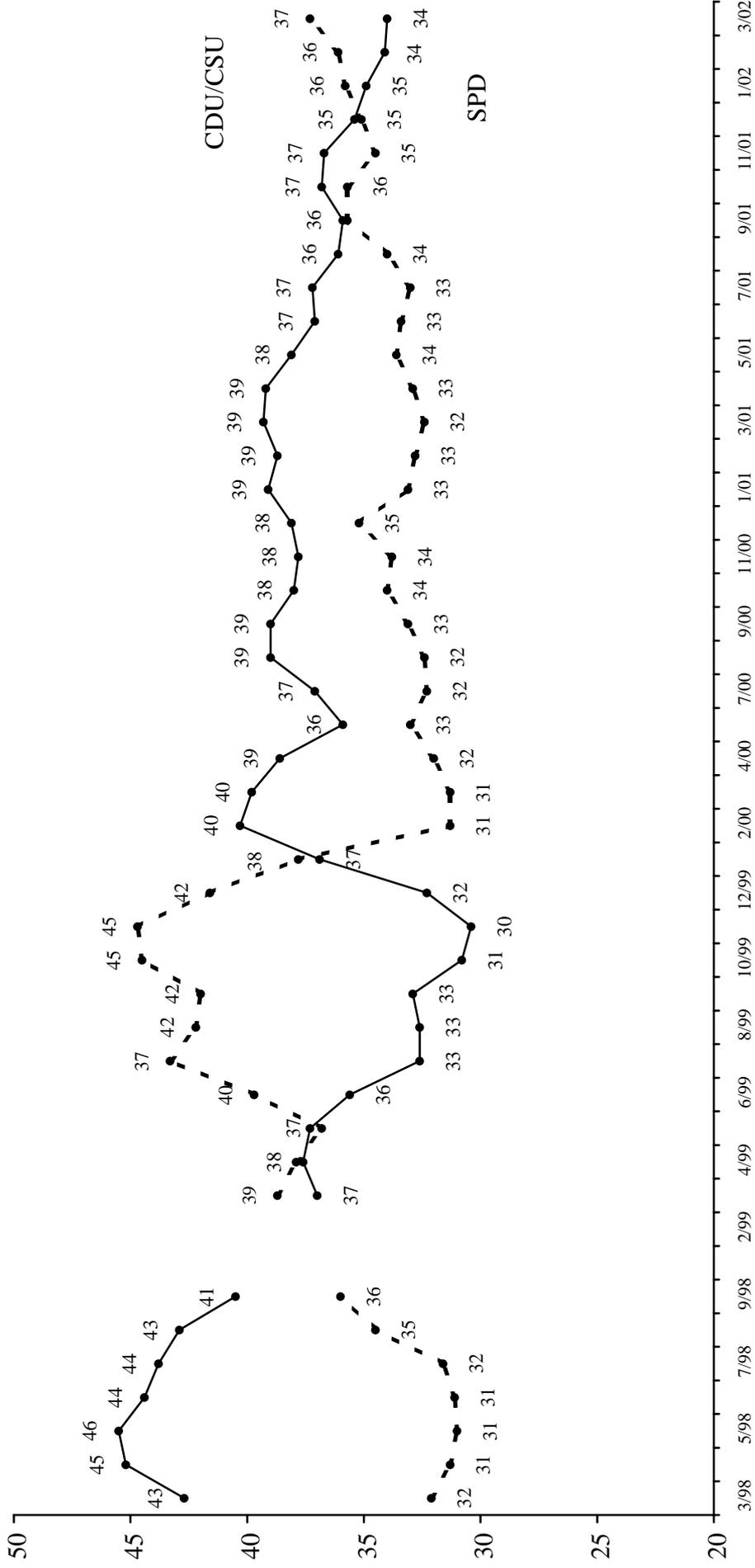
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?



Angaben in % der Wähler; Infratest dimap

## Sonntagsfrage IfD Allensbach Gesamtdeutschland

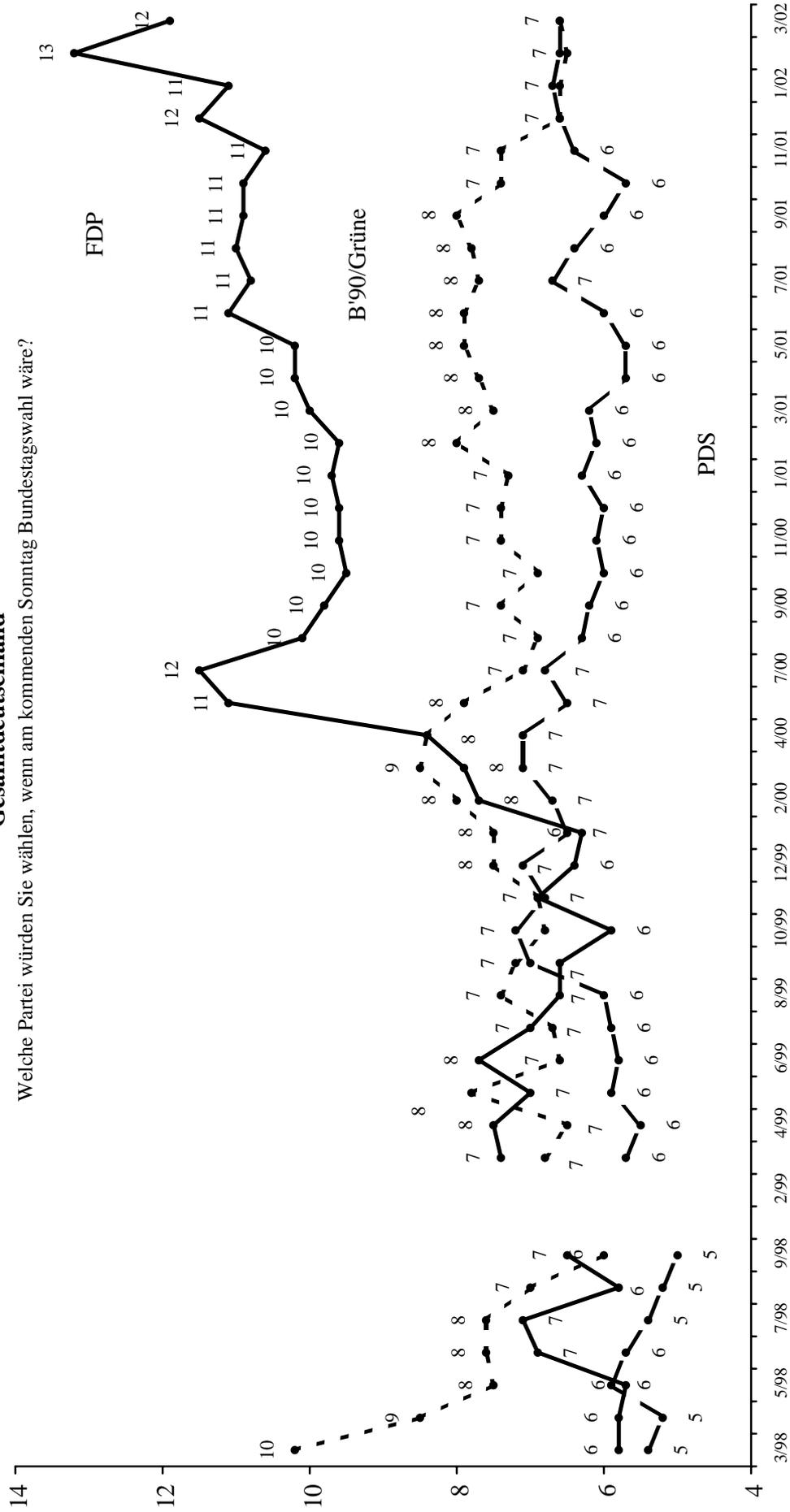
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?



Angaben in % der Wähler; IfD Allensbach (gerundete Prozentwerte)

## Sonntagsfrage IFD Allensbach Gesamtdeutschland

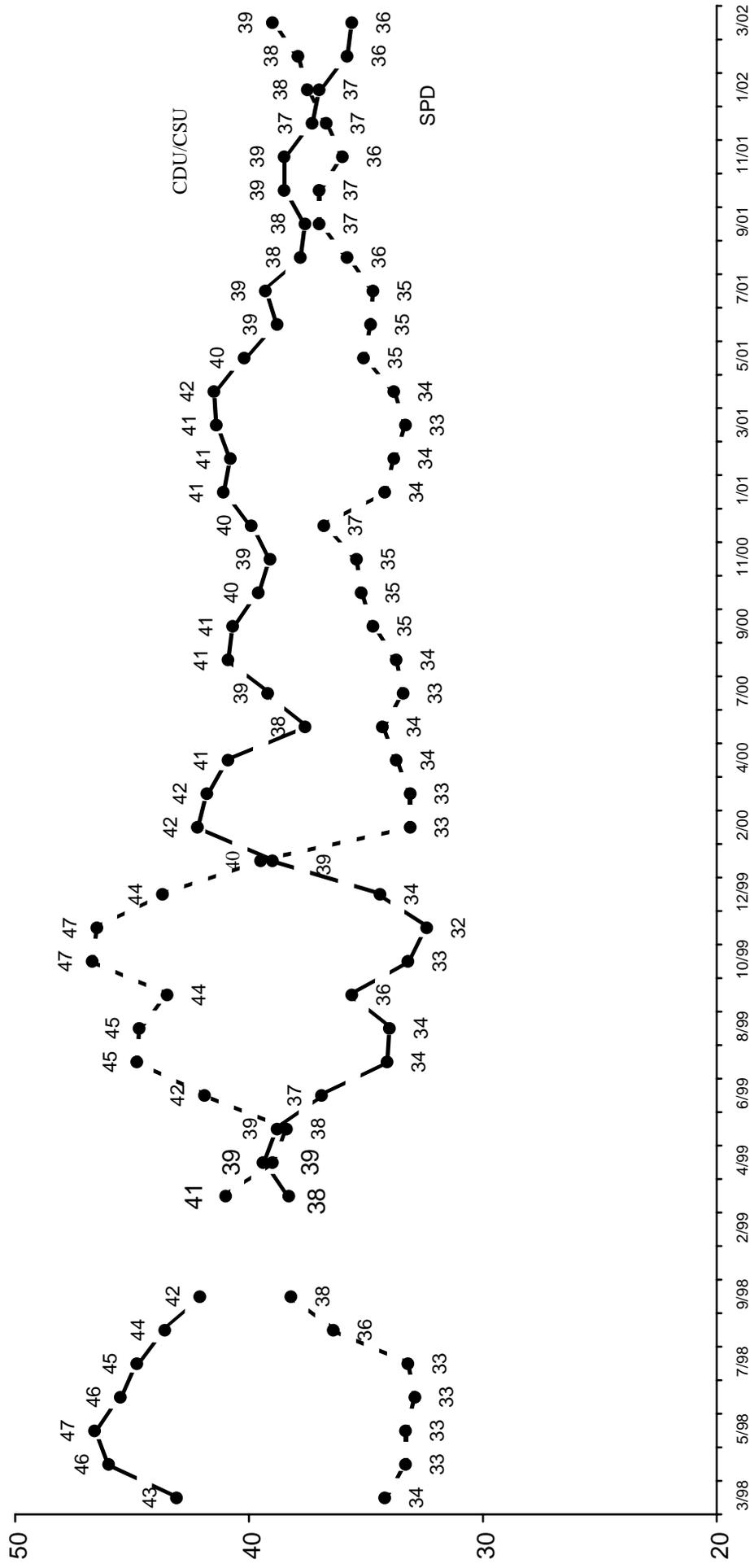
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?



Angaben in % der Wähler; IFD Allensbach (gerundete Prozentwerte)

### Sonntagsfrage IfD Allensbach Westdeutschland

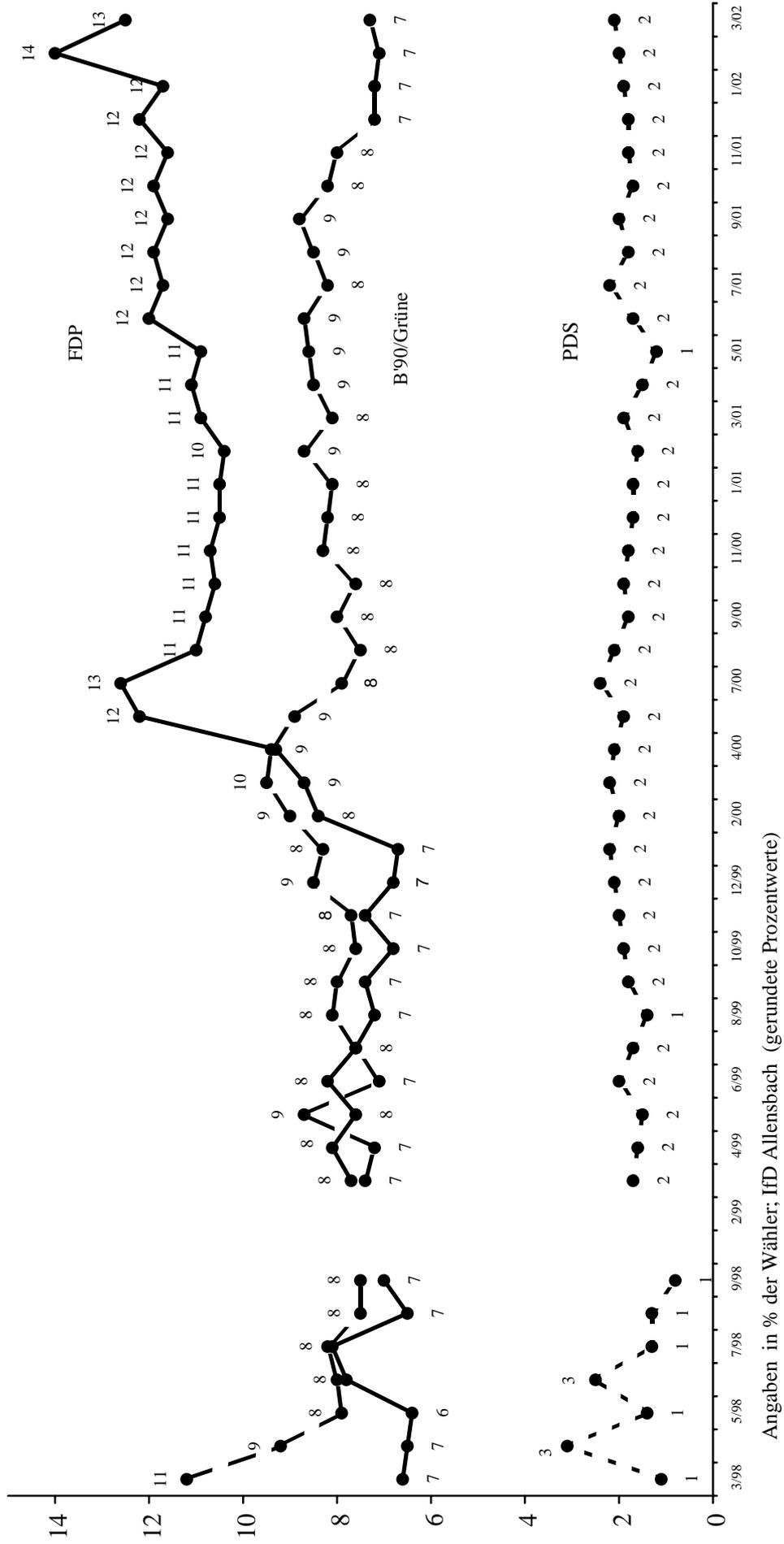
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?



Angaben in % der Wähler; IfD Allensbach (gerundete Prozentwerte)

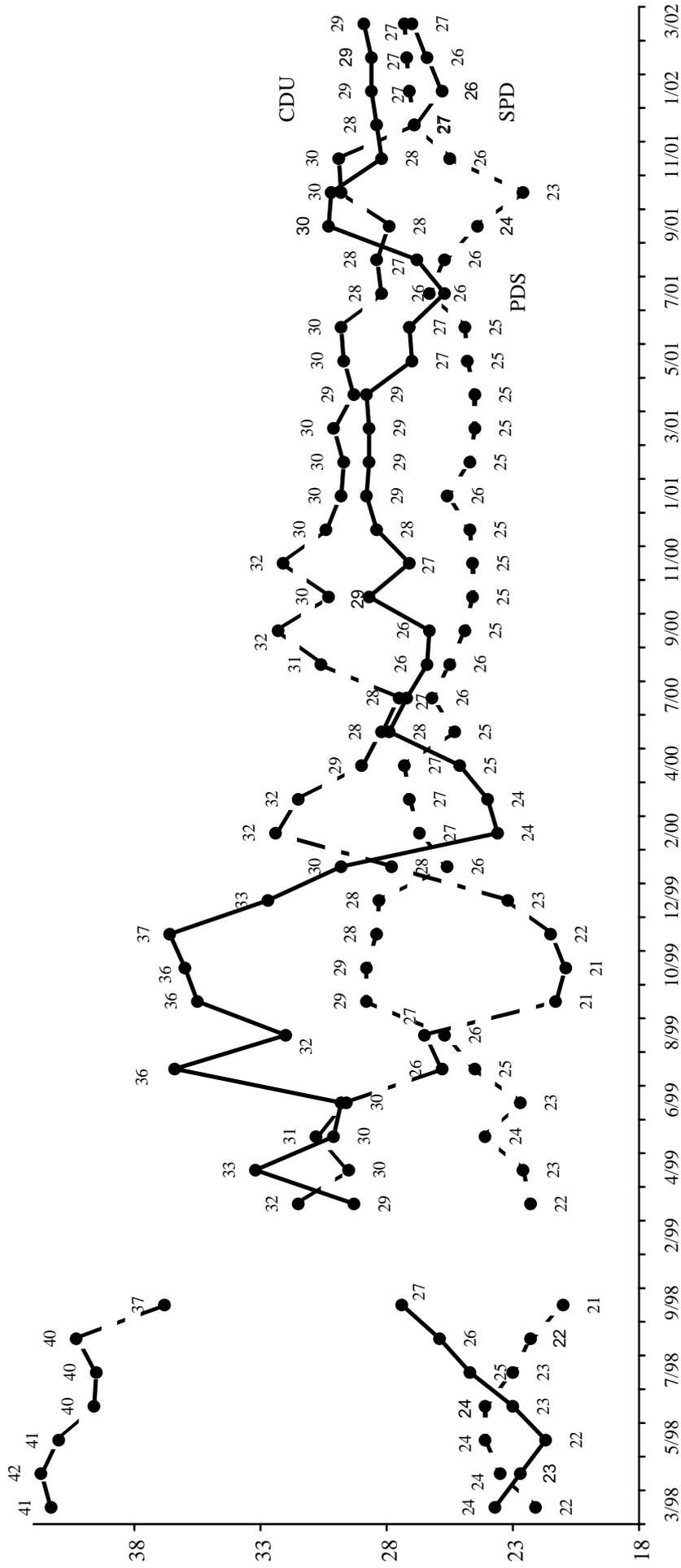
## Sonntagsfrage IfD Allensbach Westdeutschland

Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?



## Sonntagsfrage IFD Allensbach Ostdeutschland

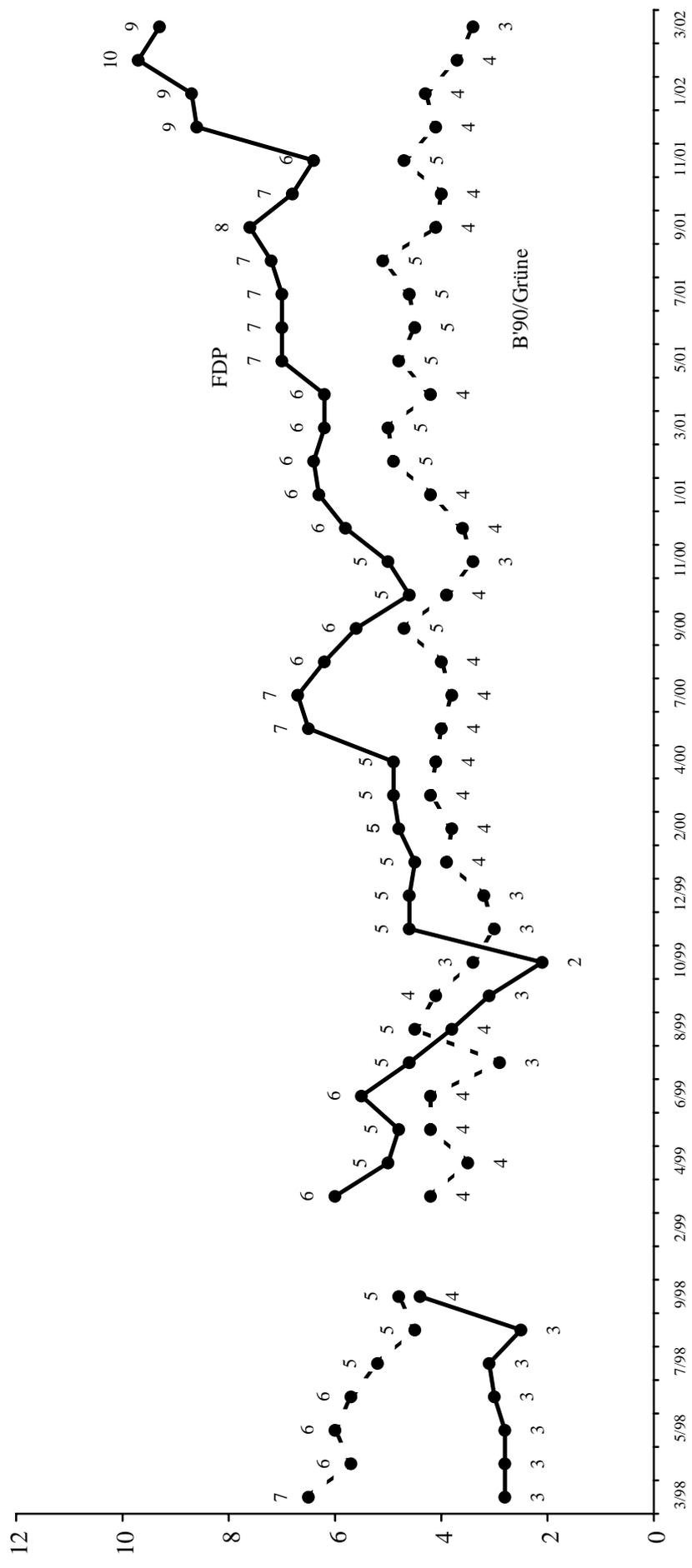
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?



Angaben in % der Wähler, IFD Allensbach (gerundete Prozentwerte)

### Sonntagsfrage IFD Allensbach Ostdeutschland

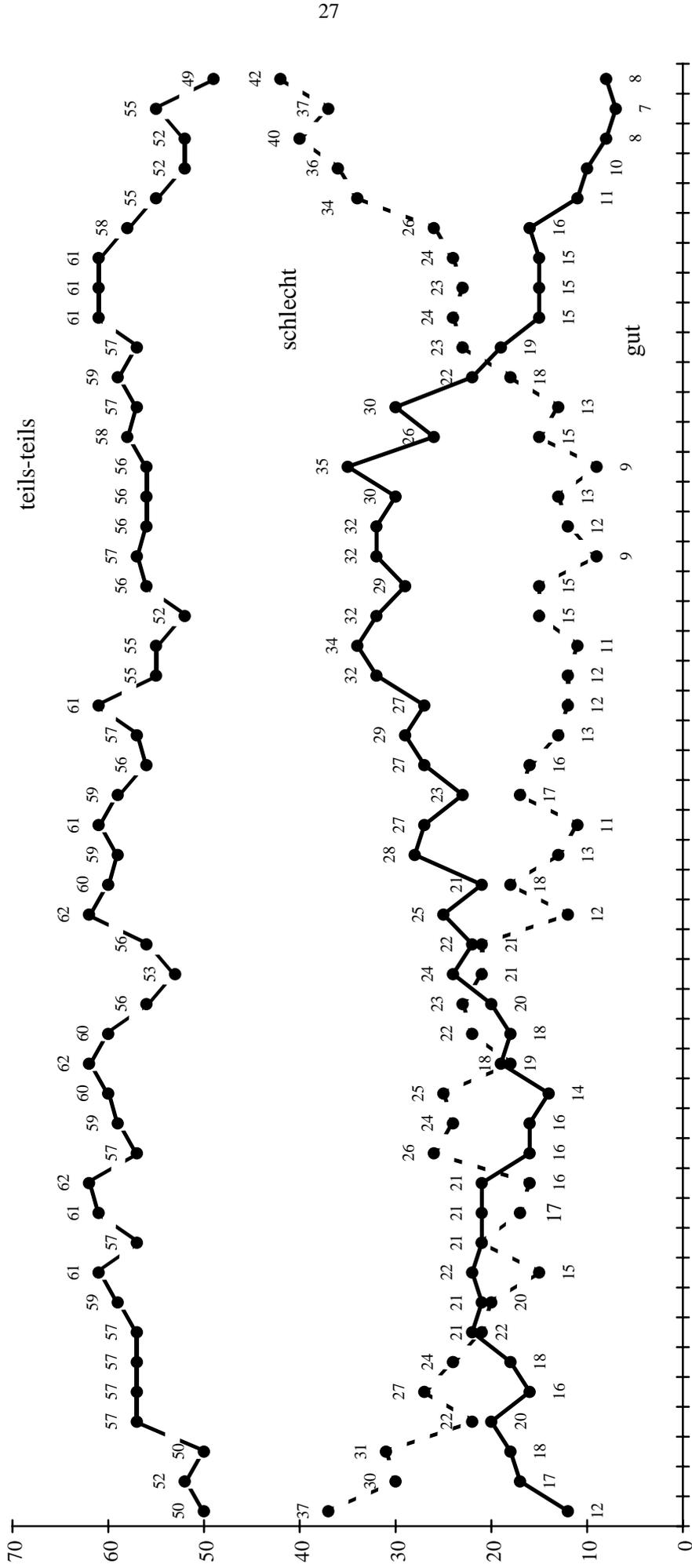
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?



Angaben in % der Wähler; IFD Allensbach (gerundete Prozentwerte)

## Bewertung der aktuellen Wirtschaftslage

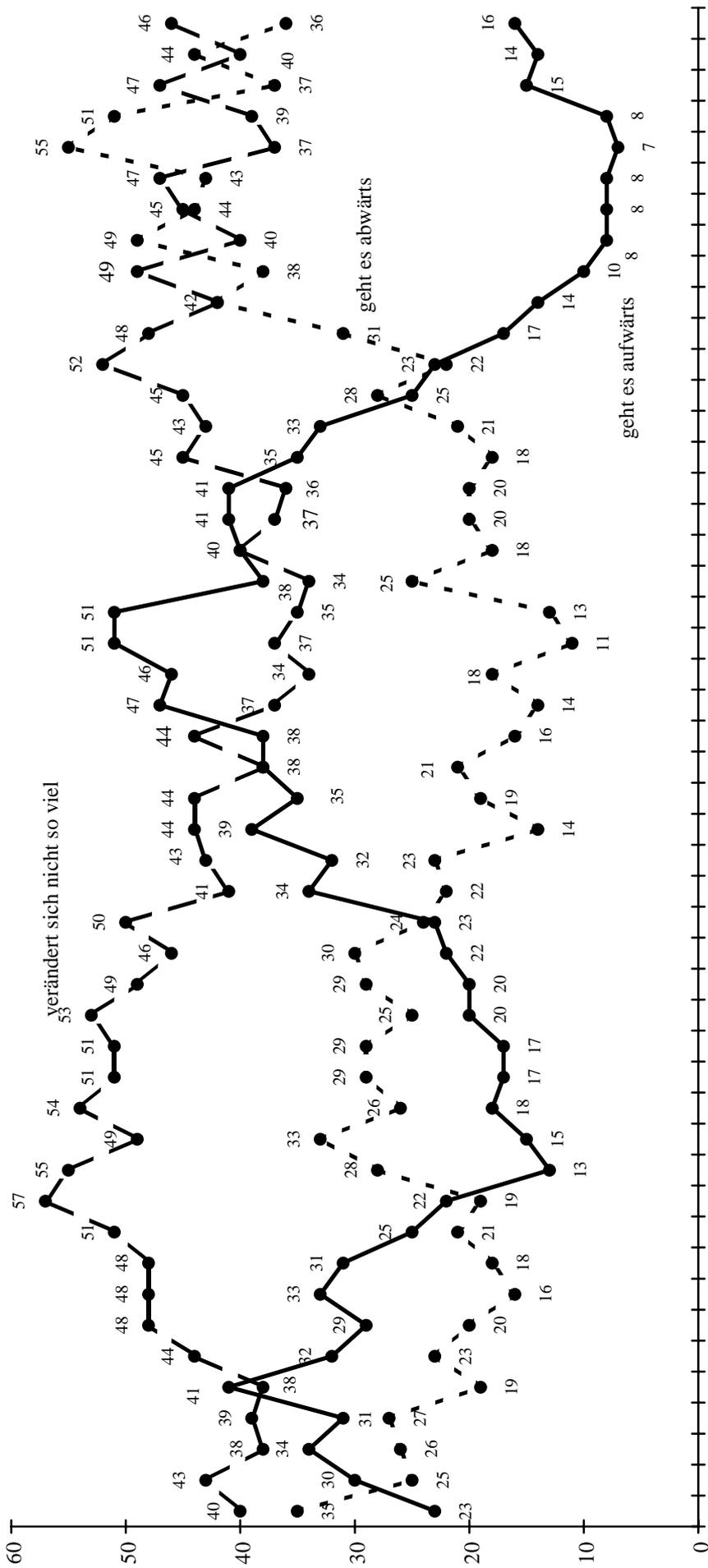
Wie bewerten Sie die derzeitige allgemeine Wirtschaftslage?



Angaben in % der Wahlberechtigten; Forschungsgruppe Wahlen

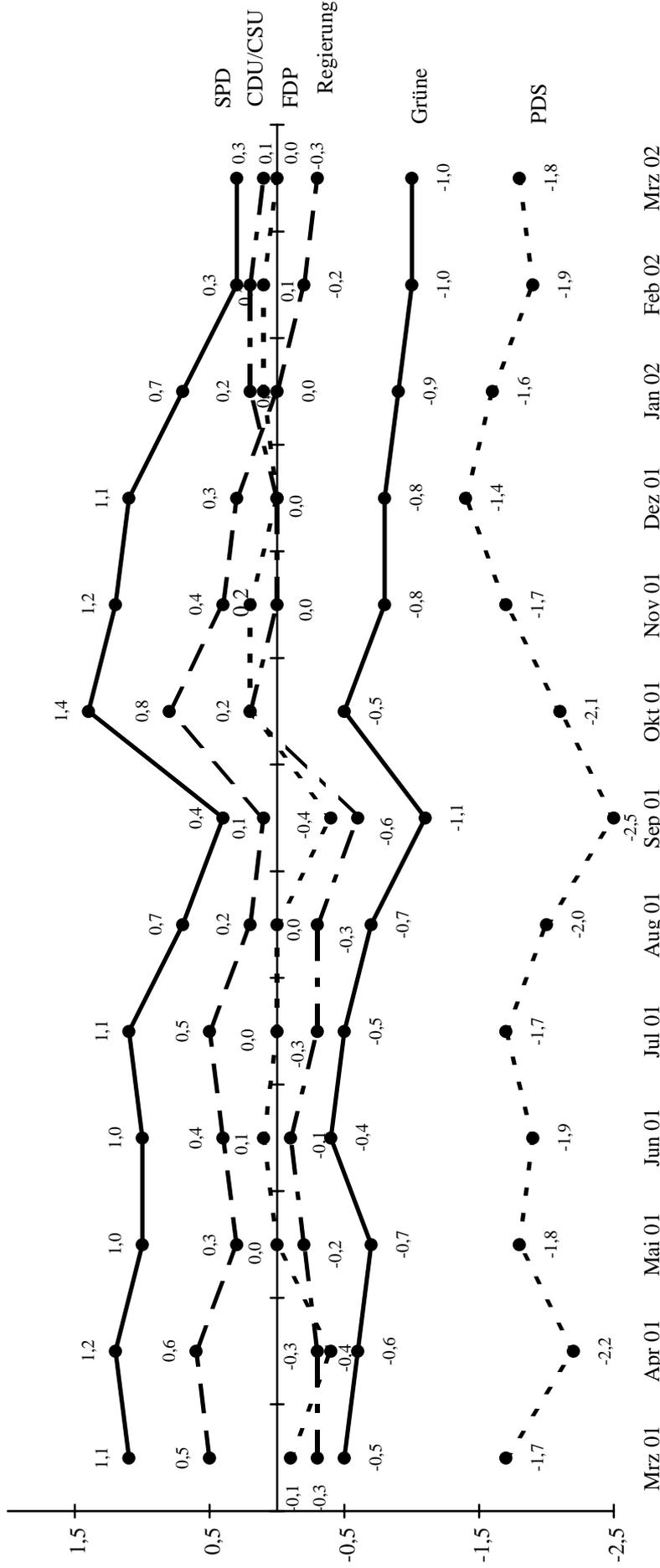
## Bewertung der zukünftigen Wirtschaftslage

Und wie wird sich die Wirtschaftslage in Deutschland in den nächsten Monaten verändern?



Angaben in % der Wahlberechtigten; Forschungsgruppe Wahlen

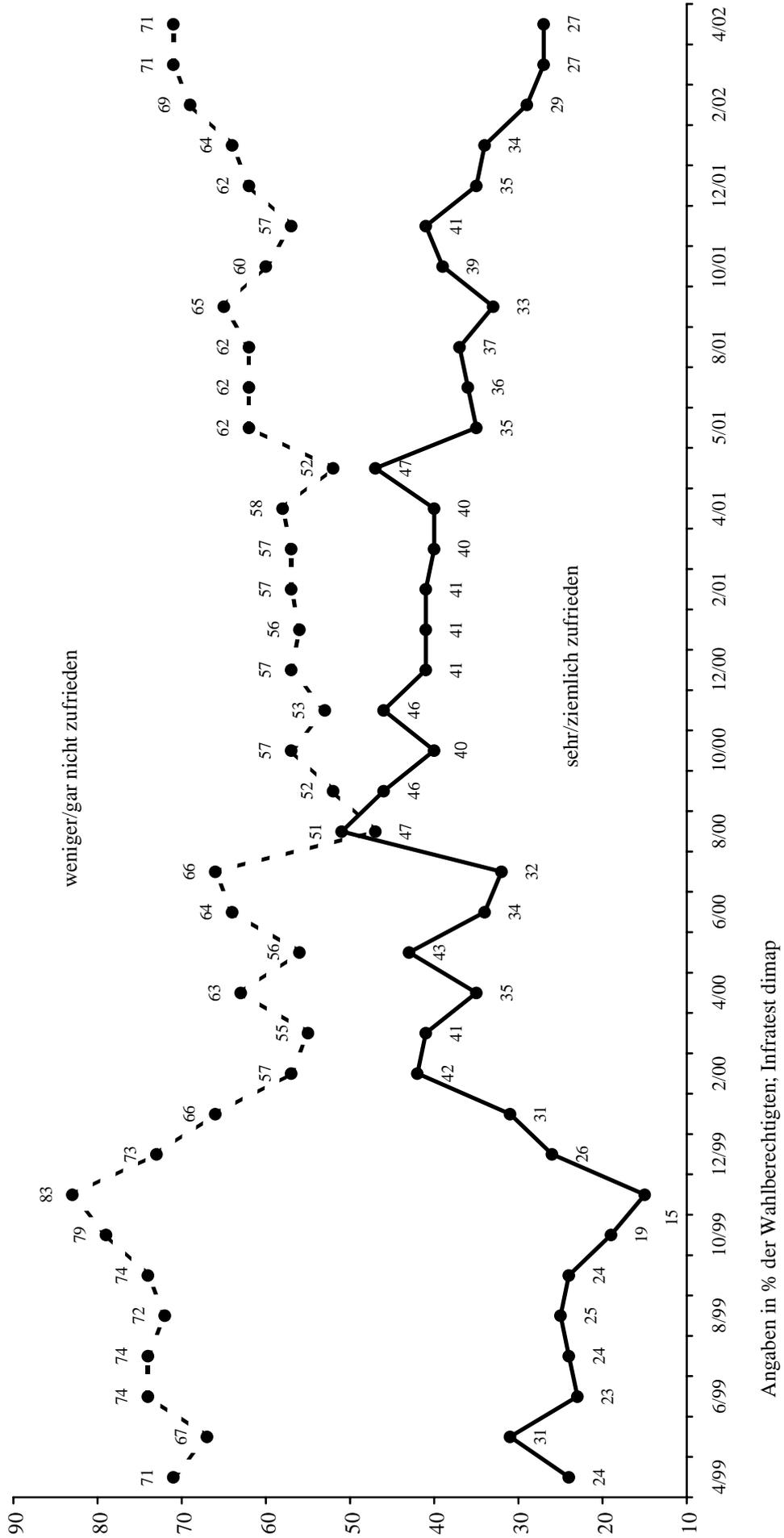
### Zufriedenheit mit Regierung und Opposition



Mittelwerte der Wahlberechtigten; Skala von - 5 (Sehr zufrieden) bis +5 (sehr zufrieden);  
 Forschungsgruppe Wahlen

### Zufriedenheit mit der Bundesregierung

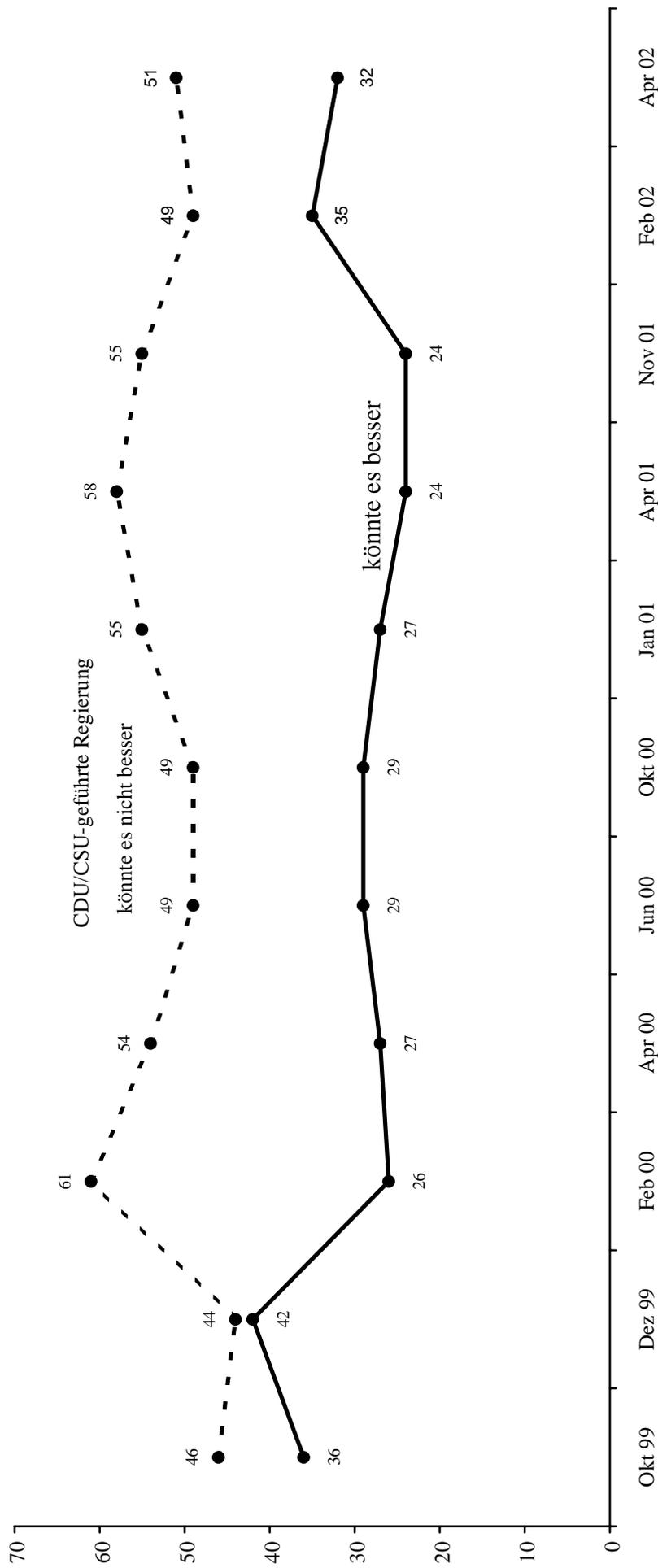
Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der Bundesregierung?



Angaben in % der Wahlberechtigten; Infratest dimap

## Einschätzung einer CDU/CSU - geführten Bundesregierung

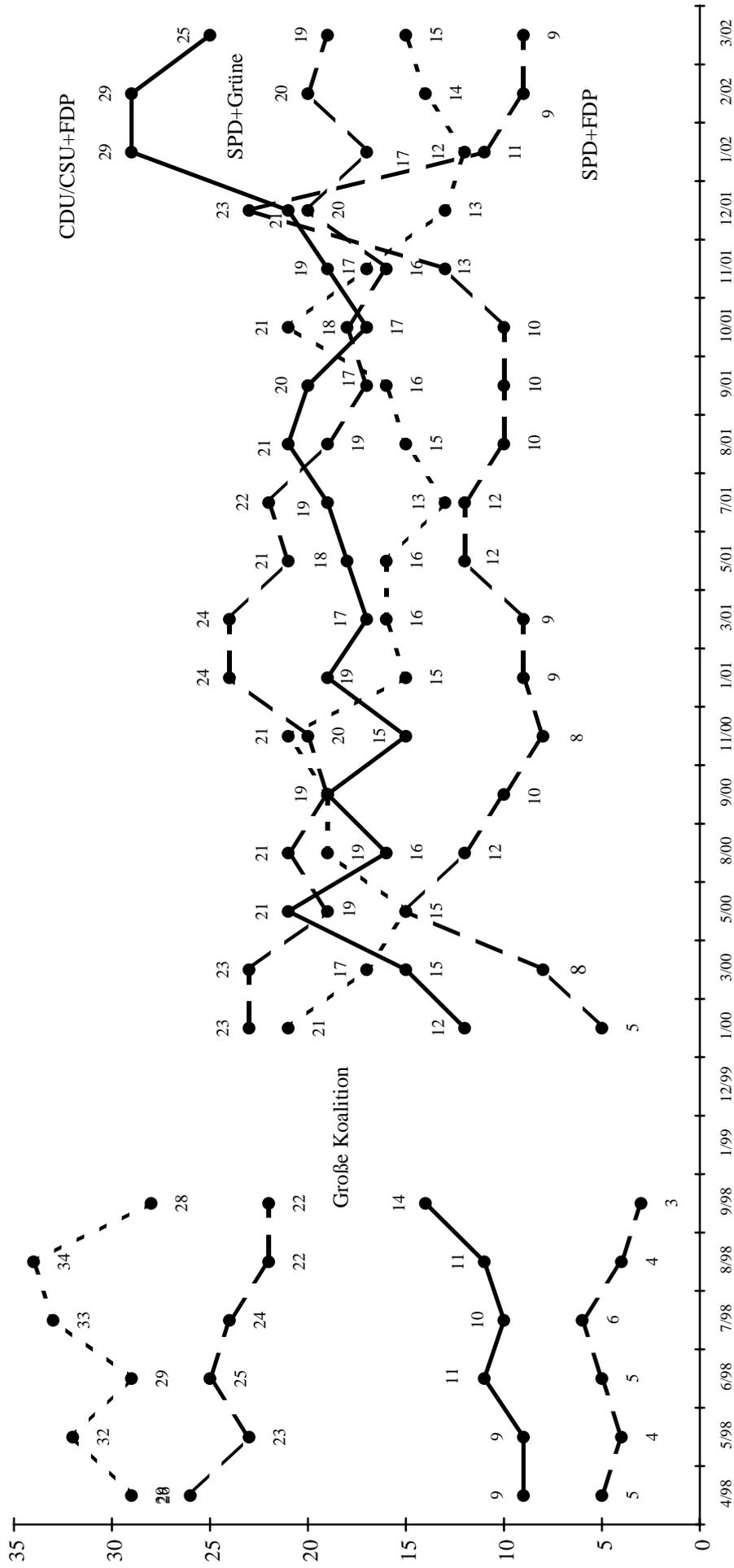
Könnte eine anstehende CDU/CSU-geführte Bundesregierung die anstehenden Aufgaben und Probleme besser lösen, oder wäre sie dazu nicht in der Lage?



Angaben in % der Wahlberechtigten; Infratest dimap

### Gewünschte Regierungskoalition

Welche Koalition wäre Ihnen am liebsten, wenn keine der Parteien bei der nächsten Bundestagswahl die absolute Mehrheit erhält?



Angaben in % der Wahlberechtigten; Forschungsgruppe Wahlen

**Wichtigkeit politischer Probleme**  
- spontane, offene Nennung -

In welchen politischen Bereichen gibt es Ihrer Meinung nach zur Zeit die meisten politischen Probleme?

	Mrz 01	Apr 01	Mai 01	Jun 01	Jul 01	Aug 01	Sep 01	Okt 01	Nov 01	Dez 01	Jan 02	Feb 02	Mrz 02
Arbeitslosigkeit	46	44	55	55	61	73	53	50	47	62	78	75	69
Politikerverdruss/Affären	7	7	7	9	8	7	7	5	11	8	7	8	16
Ausländer/Asylbewerber	8	9	9	8	9	9	7	6	5	8	8	9	15
Wirtschaftslage	3		4	7	10	9	10	9	11	13	14	13	10
Terror/Frieden	-	-	-	-	-	-	41	54	49	23	10	9	8
Kriminalität/Ruhe/Ordnung	8	5	5	6	7	4	8	15	14	10	7	6	6
EU/Euro/Europa			4	7	7	2	3	3	4	6	5	4	5
Familie, Jugend, Kinder	3	6	8	7	5	6	4					4	5
Gesundheitswesen				3	8	6	5	2	2	5	5	3	5
Renten/Alterssicherung	8	12	17	9	12	3	3	4	4	5	5		
Umweltschutz	5	11	7	6	7	2	2	2	3				

Angaben in % der Wahlberechtigten (Mehrfachnennungen möglich), Forschungsgruppe Wahlen

Parteienkompetenz																		
	Wirtschaft			Arbeitslosigkeit			Alterssicherung			Gesundheitspolitik			Familienpolitik			Steuerpolitik		
	CDU/ CSU	SPD	Diff.	CDU/ CSU	SPD	Diff.	CDU/ CSU	SPD	Diff.	CDU/ CSU	SPD	Diff.	CDU/ CSU	SPD	Diff.	CDU/ CSU	SPD	Diff.
1998	31	34	-3	19	47	-28												
4	34	37	-3	20	44	-24												
5	32	38	-6	20	47	-27												
6	37	37	0	23	44	-21												
7	37	37	0	23	46	-23												
8	41	32	9	27	40	-13												
9	43	33	10	28	43	-15												
1999	38	42	-4	27	48	-21												
5	47	28	19	33	37	-4												
7	50	28	22	36	33	3	38	31	7									
9	53	23	30	36	29	7												
12	51	25	26	36	31	5												
2000	38	39	-1	24	45	-21												
5	41	36	5	26	45	-19												
8	35	42	-7	23	51	-28	29	37	-8									
11	39	35	4	27	46	-19	30	33	-3									
2001	40	33	7	30	42	-12	30	33	-3									
5	40	34	6	28	43	-15	26	36	-10									
8	40	30	10	33	32	1	30	30	0									
10	40	34	6	33	35	-2	28	37	-9									
2002	44	30	14	35	30	5	32	33	-1									
4	45	29	16	39	27	12	33	31	2									

Angaben in % der Wahlberechtigten; Infratest dimap

Parteienkompetenz																		
	Staatsverschuldung			Kriminalität			Schutz vor Terror in Deutschland			Asyl/Ausländer			Außenpolitik			Soziale Gerechtigkeit		
	CDU/ CSU	SPD	Diff.	CDU/ CSU	SPD	Diff.	CDU/ CSU	SPD	Diff.	CDU/ CSU	SPD	Diff.	CDU/ CSU	SPD	Diff.	CDU/ CSU	SPD	Diff.
1998																		
3																		
4																		
5				31	32	-1	20	35	-15									
6				34	29	5	24	35	-11									
7				38	30	8	28	32	-4									
8				41	27	14	32	30	2									
9				40	29	11	31	32	-1									
1999				42	30	12	31	38	-7									
2				45	26	19	33	37	-4									
5				47	22	25												
7	29	38	-9	43	22	21												
9	30	37	-7	45	20	25												
12	27	37	-10															
2000				33	32	1												
2	20	46	-26	39	27	12	28	34	-6									
5	22	47	-25	41	28	13	25	37	-12									
8				43	25	18	27	35	-8									
11				37	29	8	25	35	-8									
2001				37	27	10	25	34	-9									
2				42	28	14												
5				39	30	9												
8				40	26	14	29	32	-3									
10				46	23	23	35	29	6									
2002																		
1				40	26	14	32	30	2									
4				46	23	23	32	30	2									

Angaben in % der Wahlberechtigten; Infratest dimap

Parteienkompetenz															
	Umweltpolitik			Verbraucherschutz			Energiepolitik			Wohlstand sichern			Zukunftsprobleme lösen		
	CDU/ CSU	SPD	Diff. Grüne	CDU/ CSU	SPD	Diff. Grüne	CDU/ CSU	SPD	Diff.	CDU/ CSU	SPD	Diff.	CDU/ CSU	SPD	Diff.
1998	3												21	37	-16
	4												22	39	-17
	5												24	38	-14
	6												26	37	-11
	7												27	39	-12
	8												29	34	-5
	9												30	39	-9
1999	2	16	28	-12	41		26	33	-7	22			29	41	-12
	5						29	27	2	20			35	32	3
	7	21	21	0	38		31	25	6	21			40	27	13
	9	20	15	5	45								37	26	11
	12	20	15	5	44								37	24	13
2000	2	13	22	-9	47		24	27	-3	26			23	38	-15
	5												28	34	-6
	8	14	22	-8	45								25	38	-13
	11	17	22	-5	39								29	31	-2
2001	2												28	31	-3
	5						15	29	-14	29			33	34	-1
	8	14	15	-1	50		17	32	-15	24			29	27	2
	10						17	30	-13	25			28	33	-5
2002	1												30	29	1
	4												40	26	14

Angaben in % der Wahlberechtigten; Infratest dimap

Zufriedenheit mit Politikern																	
	Mer- kel	Stoi- ber	Merz	Schäu- ble	Schrö- der	Schily	Eichel	Mül- ler	Ries- ter	Schar- ping	Mün- tefe- ring	Fi- scher	Trittin	Kü- nast	Weste rwelle	Mölle mann	Gysi
Okt 98		1,7		1,9	2,6					0,5		0,7					
Nov 98		1,3		1,8	2,4					0,2		1,4	0				-1,0
Dez 98		1,3		1,4	2,2					0,2		1,3	-0,3				-1,2
Jan 99		1,2		1,2	2,2					0,3		1,2	-0,9				-1,4
Feb 99		1,0		1,1	2,0					0,3		1,4	-1,5				-1,6
Mrz 99		1,1		1,1	1,8					0,3		1,5	-1,6				-1,4
Apr 99		1,1		1,2	2,2		1,2			1,5		2,2	-1,3				-1,5
Mai 99		1,3		1,2	2,0		1,1			1,3		1,9	-1,6				-1,8
Jun 99		1,3		1,4	1,6		0,7			1,1		2,0	-1,8				-1,6
Jul 99		1,2		1,0	1,3		0,9		0,0	1,4		2,1	-1,5				-1,4
Aug 99		1,0		1,1	0,7		0,7		0,0	1,2		1,9	-1,5				-1,5
Sep 99		0,7		1,5	0,5		0,7		-0,1	0,9		1,9	-1,3				-1,1
Okt 99		0,7		1,3	0,5		0,6			1,0	0,4	1,8					-1,2
Nov 99		0,9		1,1	0,6		0,7			0,9	0,3	1,6					-1,1
Dez 99		0,7		1,1	1,2		0,9			1,0	0,6	1,9					-1,3
Jan 00	0,9	0,7		-0,5	1,7		1,2			1,0		2,0					
Feb 00	1,1	0,6		-1,0	1,4		0,9			0,8		1,7					
Mrz 00	1,7	0,9		0,2	1,6		1,1			0,8		1,6					
Apr 00	2,4	0,9		0,6	1,6		1,0			0,7		1,6					-0,9
Mai 00	2,0	1,1	0,8	0,5	1,8		1,3			0,9		1,7					-0,8
Jun 00	1,8	0,8	0,6	0,1	1,4		0,8			0,7		1,4					
Jul 00	1,4	0,7	0,3		1,9		1,2			0,7		1,8	-0,8			-0,1	
Aug 00	1,5	0,8	0,3		2,0		1,7			0,8		1,9	-0,6			-0,1	
Sep 00	1,4	0,9	0,2		1,6		1,0			0,5		1,7	-1,1			-0,1	
Okt 00	1,0	0,5	0,0		1,4		0,9		0,0	0,4		1,6	-1,0			-0,5	
Nov 00	0,9	0,8	0,0		1,9		1,2		0,4	0,8		1,9	-0,5			-0,1	
Dez 00	1,0	1,0	0,1		2,0		1,1		0,3	0,6		2,2	-0,6			-0,4	
Jan 01	0,9	0,7	0,0		1,8		0,9		0,1	0,4		1,6		0,3	0,3		
Feb 01	0,3	0,8	-0,5		1,8		1,1		0,2	0,2		1,6		1,3	0,4		
Mrz 01	0,7	0,9	-0,5		1,9		1,0		0,2	0,1		1,6		1,6	0,4		
Apr 01	0,5	0,7	-0,5		1,9		1,2			0,3		1,6	-1,3	1,5	0,2		
Mai 01	0,5	0,8	-0,2		1,7		1,0			0,2		1,5	-1,0	1,2	0,8		
Jun 01	0,5	1,0	-0,4		1,9		1,2			0,3		1,9	-0,9	1,2	0,7		
Jul 01	0,5	0,9	-0,5		2,0		1,3			0,4		2,1	-0,7	1	0,7		
Aug 01	0,5	0,8			1,3		1,0	0,7				1,9	-0,7	0,7	0,7		-0,6
Sep 01	0,4	1,1			1,6		1,1	0,7				1,8	-0,8	0,6	0,6		-0,7
Okt 01	0,7	1,4			2,5	1,4	1,2			0		2,3			0,8		-0,5
Nov 01	0,5	1,2	-0,1		1,9	0,9	0,9			-0,5		2,1			0,7		-0,1
Dez 01	0,9	1,3	-0,1		1,9	1,1	0,9			-0,6		2,3			0,6		0,3
Jan 02	1,2	1,2		0,9	1,5	0,7	0,9			-1,0		1,9			0,6		0,0
Feb 02	1,0	0,7		1,0	1,3	0,3	0,4			-1,3		1,8			0,5		-0,3
Mrz 02	0,9	0,8		0,8	1,3	0,5	0,4			-1,5		1,9			0,5		-0,5
	Mer- kel	Stoi- ber	Merz	Schäu- ble	Schrö- der	Schily	Eichel	Mül- ler	Ries- ter	Schar- ping	Mün- tefe- ring	Fi- scher	Trittin	Kü- nast	Weste rwelle	Mölle mann	Gysi

Mittelwerte der Wahlberechtigten, Skala von - 5 (sehr unzufrieden) bis +5 (sehr zufrieden); Forschungsgruppe Wahlen

Zufriedenheit mit Politikern															
	Merkel	Stoiber	Merz	Schröder	Schily	Eichel	Schaping	Riester	Schmidt	Fischer	Trittin	Künast	Roth	Westerwelle	Zimmer
Mai 00	70	51	30	57		50				70					
Jun 00	65	47	29	56		43				67					
Jul 00	60	47	26	57		45				66	22				
Aug 00	62	48	29	69		57				79		20			
Sep 00	59	45	27	64		59		30		73					
Okt 00	55	47	26	53		45		30		68					8
Nov 00	55	45	26	58		47		30		71					9
Dez 00	51	47	28	61		48		31		71					9
Jan 01	54	47	29	62		47		32		69					9
Feb 01	44	46	27	64		50		34		73					10
Mrz 01	40	49	20	60		45		30		67	30	50			8
Apr 01	45	48	27	64		52				72	21	58			8
Mai 01	46	46	26	65		49		36		70		60			13
Jun 01	38	46	24	58	42	43				70		53			9
Jul 01	42	52	23	60		52			26	76		57			9
Aug 01	41	52		58		48			26	77	30	53			10
Sep 01	40	49		59		50	34		27	78		54			11
Okt 01	42	55		72	61	51	35			81			23		10
Nov 01	40	55		59	55	46	28			80			23		13
Dez 01	43	51		59	50	45	27			83			25		13
Jan 02	52	58		63	60	51	27			78			25		15
Feb 02	58	51	30	55	46	45				78		52			27
Mrz 02	52	44		50	43	40		21		73		54			12
Apr 02	54	46		52	53	44		28		80		56			15
Angaben in % der Wahlberechtigten, Anteile sehr/ziemlich zufrieden; Infratest dimap															